Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 179. **Donnerstag den 3 August 1905.** **12. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Die Lübecker Geusen.*)

Am kommenden Montag soll unser Parlament über das von seiner Kommission ausgeklügelte zukünftige Bürgerschaftswahl„recht“ Beschluß fassen. Da die Bürgerschaft gehorsamst über den ihr von einer Handvoll Groß-Bourgeois hingehaltenen Stock springen wird, ist jede Kritik des Kommissionsentwurfs unnütze Mühe. Man wüßte auch beim besten Willen nicht, wo diese Kritik einsetzen müßte. Der Entwurf steht eben außerhalb jeder vernünftigen Diskussion und daher mag es auch kommen, daß selbst in bürgerlichen Kreisen keinerlei kritische Auslassungen an dem Entwurf gemacht werden. Ob diese bange Zurückhaltung in der Furcht vor wirtschaftlichen Schädigungen durch die kapitalkräftigen Patrizier oder vor der Sozialdemokratie begründet ist? Wer kann es wissen; vielleicht in Beiden. Vor der Sozialdemokratie ist der Bürger seit langer Zeit systematisch grautig gemacht worden. Das ist natürlich nur Mittel zum Zweck gewesen. Wer unsere hiesige Presse aufmerksam gelesen hat, dem wird es nicht entgangen sein, daß man sich hier in gewissen Kreisen mit „weitausschauenden“ kapitalistischen Plänen beschäftigt. Um diese ihrer Vollendung entgegenzuführen, bedarf es einer kräftigen Intervention des Staates. Nun ist aber unser lübeckischer Staat kein absoluter, sondern ein sogenannter konstitutioneller Staat. Unsere Vorfahren haben 1669 die absolute Geschlechterherrschaft gebrochen und dem Plebs, wozu auch das gesamte Handwerkertum und sonstige nicht „gesellschaftsfähige“ Menschen gehörten, scheinbar das „Recht“ verliehen, in Staatsgeschäften auch ein Wort mitzureden. Wenn die so Berufenen dieses ihr „Recht“ nicht ausgenutzt haben, so ist das wohl zu bedauern, aber momentan nicht zu ändern. Sie sind eben zu spät aufgestanden und haben deshalb den Anschluß verpaßt. Indem sie ihre Rechte an die im „Vaterstädtischen Verein“ die erste Geige spielenden politischen Größen abgegeben und diesen es überlassen haben, die „geeigneten Männer“ auszusuchen, haben sie sich selbst aller Rechte begeben und können heute nur noch die Faust im Sacke machen. Ihre politische Rolle ist eben ausgespielt. Sie machen den Führern der „geeigneten Männer“ keine Sorgen mehr. Anders die mächtig aufwärtsstrebende Arbeiterklasse. Sie ist es, die das Spiel der Herren durchschaut. Sie (die Arbeiterklasse) weiß auch, daß die „weitausschauenden Pläne“ unserer Groß-Bourgeosie nur auf den breiten Rücken des Proletariats verwirklicht werden können und deshalb ist sie bestrebt, die ihr verliehenen wenigen politischen Rechte derartig auszunützen, daß sie, wenn die Zeit gekommen ist, in ihrem Interesse auch ein gewichtig Wort mit reden kann. Das ist es, und deshalb das Geschrei der bürgerlichen Soldschreiber über die alles „negierende“ und alles „nivellierende“ Sozialdemokratie. Es ist die alte — aber ewig neue — Geschichte! In der vormärzlichen Zeit, als es galt, die Privilegien der Junker zu brechen, da waren die Väter unserer heutigen „Liberalen“ das Karnikel; heute, wo es gilt, den privilegierten Bourgeois die Fänge zu stutzen, ist der Sozialdemokrat der Umstürzler. Das ganze reaktionäre Gebaren unserer plutokratischen Gesellschaft ist nichts weiter, als der Ausfluß einer grenzenlosen Furcht vor der Sozialdemokratie. Man fürchtet ihre Kritik an den bestehenden Zuständen. Man fürchtet vor allem die Werbekraft der sozialistischen Idee und zittert vor dem Gedanken, daß die im „Vaterstädtischen Verein“ drei- und mehrmals gesiebten und auf ihre Zuverlässigkeit auf das eingehendste untersuchten „geeigneten“ Männer der sozialdemokratischen Werbekraft unterliegen und einstmals selbst gegen ihre Auftraggeber sich wenden könnten.

Die Arbeiter wissen, daß die Bürgerschaft nicht nur eine bei der Gesetzgebung mitwirkende Körperschaft ist, sondern, daß sie auch zugleich als Mitträgerin der Staatsgewalt einen sehr großen Einfluß auf die Staatsverwaltung ausübt und eben deshalb haben sie nun seit dreißig Jahren darnach gestrebt, in dieser Körperschaft Sitz und Stimme zu erlangen. Das Hohngelächter unserer Privilgierten hat die Arbeiter nie in ihrem Bestreben auch nur im Geringsten gehemmt; ungehindert haben sie in fünfzehn Wahlgängen das vorgesteckte Ziel im Auge, ihren Weg verfolgt und heute, ja heute können sie mit Genugtuung konstatieren, daß dieses ehemalige Hohngelächter der Privilgierten sich in schlotternde, feige Furcht umgewandelt hat. Die sozialistisch denkenden Arbeiter wissen sehr wohl, wohin der Weg führt. Sie wissen und sind felsenfest davon überzeugt, daß unsere herrschende Gesellschaft noch lange nicht am Ende ihres Laleins ist, und daß sie nur in der Furcht, den so wie so schon verängstigten Bürger ganz aus dem Häuschen zu bringen, keine Kur nach Dr. Eisenbart vorzunehmen wagen, sondern es lieber vorziehen, dem Hunde den Schwanz stückweise abzuhacken.

Das Bestreben der politischen Drahtzieher geht offenbar dahin, sowohl die besitzlosen als auch die wenig besitzenden Klassen politisch gänzlich zu entrechten, sie des Einflusses auf die Gesetzgebung zu berauben und diese den herrschenden Klassen auszuliefern. Sie allein sollen und wollen auf Grund ihres Geldsacks herrschen, ihr Interesse ist es, alle diejenigen Bürger, die nicht im Besitze eines wohlgefüllten Geldsackes sind, in Abhängigkeit zu halten.

Nun ist es aber ein kläglicher Zustand, ein Eingeständnis der eigenen Schwäche und Unsicherheit, die politischen Rechte der Staatsbürger nach ihren Anteil am Gesamteinkommen abzumessen. Und da die senatsoffiziellen „Lüb. Anz.“ sich tagtäglich krampfhaft bemühen, den minderbemittelten Bürger als ein Subjekt minderen Rechts zu bezeichnen, so stehen wir nicht an, dieses Gebaren als eine äußerst bedenkliche Erscheinung des von ihr so sehr verpönten Klassenkampfes zu bezeichnen.

Wir fürchten diesen von den „Lüb. Anz.“ gewollten und herbeisehnten Klassenkampf nicht. Wir werden ihn durchzufechten versuchen und wir haben auch die festbegründete Hoffnung, daß wir aus diesem Kampfe schließlich als Sieger hervorgehen werden. Will man den minderbemittelten Bürger zum „Geusen“ stempeln, desto besser, dann werden sich in den Wahlkämpfen zur Bürgerschaft nicht mehr wie bisher Vaterstädtische, Bürgerrechtsvereinler und Sozialdemokraten, sondern die Bürger mit dem Geldsack und die Bürger ohne einen solchen, d. h. die „Geusen“, gegenüberstehen. Und wenn es auch zunächst noch Manchen geben wird, der sich sträubt, zu den „Geusen“ gerechnet zu werden, so wird dieser Zustand nur ein vorübergehender sein. Denn wenn die Handvoll Bevorrechtigte erst zu wirtschaften angefangen haben, werden wir sehr bald zu Zuständen gelangen, die selbst denjenigen, die noch etwas besitzen, unerträglich werden und sie zwingen, bei den „Geusen“ Anschluß zu suchen.

Aus all diesen Gründen halten wir eine sachliche Diskussion des Kommissionsentwurfs für überflüssig. Die in der Begründung des Entwurfs niedergelegten rückständigen Gedanken sind einfach undiskutierbar. Mag die Bürgerschaft am Montag beschließen, was sie **soll**, uns kann's gleich sein. Die „Geusen“ werden im Klassenkampf ihren Mann zu stellen wissen.

*) **Geusen**, eine Vereinigung der gegen die spanische Herrschaft verbündeten niederländischen Edelleute seit 1565; aus Hohn gab man ihnen den Namen **Gueux** (Bettler), den sie trotzig annahmen. Unter Geusen versteht man also kurzweg Bettler.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Noch einmal der „Schlachtvieh“-Artikel. Endlich hat Genosse **Vollmar** es für nötig befunden, sich in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ über die bewußte Angelegenheit zu äußern. Er schreibt:

„Ich lese soeben Ihren Artikel „Eine nette Fälschung“ samt seinem mich angehenden Schlußsatz in Nr. 173 des „Vorwärts“. Wenn die Dinge in der Tat so lägen, wie sie dort dargestellt sind, so würden Sie mit Ihrem Urteil ganz recht haben. Aber das ist keineswegs der Fall. Die Sache verhält sich einfach so: In mehreren Zuschriften aus Norddeutschland wurde ich auf die besprochenen Auslassungen der „Täglichen Rundschau“ aufmerksam gemacht. **Der darin angegriffene Artikel der „Münchener Post“ war mir damals noch nicht zu Gesicht gekommen, und so konnte ich nicht wissen, was Wahres an der Sache war.** Dagegen wußte ich, daß die Behauptung der „Täglichen Rundschau“, ein solcher Artikel sei von mir geschrieben worden — diesen zur Beurteilung der Frage ausschlaggebenden Umstand hat der „Vorwärts“ leider ganz übersehen — einfach erlogen war. Dies sofort festzustellen, war nicht nur mein persönliches Recht, sondern erschien mir zugleich auch für die Beurteilung des ganzen Verfahrens der „Täglichen Rundschau“ von Wert. Deshalb antwortete ich dem Blatte, mich ausschließlich auf die kurze Mitteilung beschränkend, daß die behauptete Verbindung meiner Person mit einem **derartigen** Artikel eine freie Erfindung der „Täglichen Rundschau“ sei. Weiter kein Wort — von irgendeiner materiellen Stellungnahme keine Rede. Wenn die „Täzliche Rundschau“ — was ich von hier aus nicht feststellen kann, aber nach Ihrer Ausführung notwendig annehmen muß — den gegenteiligen Anschein zu erwecken gesucht haben sollte, so könnte dies nur durch eine neue Fälschung geschehen sein. Ich denke, daß diese Angelegenheit damit genügend geklärt sein dürfte.“

Durch diese Erklärung sind wir leider noch nicht davon überzeugt worden, daß Genosse Vollmar so gehandelt hat, wie er als **Parteigenosse** zu handeln verpflichtet war. Wir können also unser Urteil über das Vorgehen des Genossen Vollmar nicht korrigieren.

Auch Genosse **Kraft**, der Verfasser des bekannten Artikels, äußert sich nun — allerdings nicht in der „Tägl. Rundschau“, sondern im „Vorwärts“ — zu der Angelegenheit wie folgt:

„Nachdem ich mich als Verfasser bekannt habe, möchte ich noch hinzufügen, daß es nichts Dümmeres geben kann, als mir, der ich seit zehn Jahren ununterbrochen für die Hebung der materiellen, rechtlichen und sozialen Lage des Soldaten eintrete, Beschimpfung der Soldatenehre vorzuwerfen. Wie haben sich denn die Blätter, die jetzt so heftig gegen meinen Artikel maulen, zu meinem Kampfe um Soldatenehre und Soldatenwohlfahrt gestellt? Entweder schwiegen sie mich tot oder sie bewarfen mich mit Schmutz, weil ihnen mein Eintreten für die Soldaten und meine scharfe Kritik der Mißhandlungen, des Militär-Strafgesetzbuches, der Disziplinar-Strafordnung usw. nicht paßten. Gar manchem, der in den jetzt für die Soldatenehre so sehr besorgten Zeitungen die Soldatenmißhandlungen, also die gemeinsten und feigsten Attacken gegen die Soldatenehre, zu beschönigen suchte, habe ich derb auf die Finger geklopft. Auch ein Freund der „Tägl. Rundschau“, der Generalleutnant v. Boguslawski, befindet sich darunter!“

Die Kohlenpreise sollen ab 1. August vom **Kohlensyndikat um 5%** erhöht worden sein. Um Gründe ist das Syndikat, wie man sich denken kann, natürlich nicht verlegen. Es behauptet einfach, daß im Frühjahr im **Ruhr-** und **Saarrevier ein Streik bevorstehe** und daß es aus diesem Grunde (!!) zur Preiserhöhung schreiten müsse. — Diese neue Schröpfung des Volkes ist ein abermaliger Beweis für den **Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung**. Eine handvoll Grubenmagnaten diktiert einfach eine Preiserhöhung, um einen noch höheren Profit aus den Gruben herauszuschlagen. Kann es etwas **Wahnsinnigeres** geben? Und muß unter solchen Umständen nicht **jedem** denkenden Menschen die Erkenntnis aufdämmern, daß eine solche Gesellschaftsordnung einer anderen, besseren Platz machen muß, einer Gesellschaftsordnung, in der Grund und Boden, Bergwerke 2c. nicht im Besitz einzelner Weniger, sondern der **Gesamtheit** sind?

Die Friedensstörer diesseits und jenseits des Kanals sind wieder eifrig an der Arbeit, um das Einvernehmen zwischen Deutschland und England zu stören. Die unbedeutensten Vorgänge, wie z. B. die Nachricht von einer bevorstehenden Kreuzfahrt der britischen Kanalflotte nach der Ostsee, geben ihnen Veranlassung, mit vollen Tönen zu hetzen. Gegenüber diesem gefährlichen Treiben der englischen und deutschen Chauvinisten und Jingoisten ist es von besonderer Bedeutung, daß die englische Arbeiterklasse in einer Resolution ihren friedlichen Standpunkt klargelegt hat. Auf einer Londoner Konferenz der Vertreter jener britischen Organisationen, die auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 vertreten waren: der sozialdemokratischen Föderation, der unabhängigen Arbeiterpartei, der Fabian-Gesellschaft, des Arbeiter-Repräsentativkomitees, der Gasarbeiter-Union und der Dockarbeiter-Union wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Delegierten der britischen Organisationen, die auf dem Amsterdamer sozialistischen Kongreß vertreten waren, bemerkten mit tiefem Bedauern die wachsende Animosität zwischen den herrschenden Klassen Großbritanniens und Deutschlands und erklärten im Namen der von ihnen vertretenen Organisationen, indem sie an die ähnliche Verstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich vor fünf Jahren erinnert, die nun durch ein kordiales Einverständnis ersetzt ist:

1. daß **keine feindschaftlichen Gefühle irgend welcher Art auf der Seite der englischen Arbeiterklasse gegen die deutsche Nation noch gegen das deutsche Volk bestehen**, sondern daß sie im Gegenteil wünschen, dieselben Beziehungen mit Deutschland zu erlangen, welche glücklich mit Frankreich hergestellt worden sind;

2 daß sie selbst ihr äußerstes dazu tun will, im Vereinigten Königreich, wie im ganzen britischen Reich jegliche existierende Feindschaft zwischen den Regierungen und den kapitalistischen Klassen niederzuhalten und jede Konfliktsursache zu vermeiden;

3. daß sie sich bemühen werden, ihre Regierung zu veranlassen, die Zwistigkeiten zwischen den beiden Nationen auf geeigneter Basis zu regeln;

4. daß **sie appellieren an ihre deutschen Kameraden, beständig und nachdrücklich mit ihnen daran zu arbeiten, die chauvinistischen und jingoistischen Gefühle auf beiden Seiten der Nordsee zu unterdrücken** und ein allgemeines Zusammenwirken beider Völker zu gemeinsamen Nutzen herzustellen.“

Dem Bülowfürsten ist großes Heil widerfahren. Der „Frkf. Ztg.“ wird aus **Konstantinopel** gemeldet: **Der Sultan** verlieh dem **deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow den Nichan Iftihar-Orden mit Brillanten.** — Leb' Bernhard, was willst du noch mehr?

Der Bankrott der südwestafrikanischen Kriegführung. Unser südwestafrikanischer Generalissimus ist mit den „Windhuker Nachrichten“ in Konflikt geraten. Das Blättchen hatte es gewagt, an den Maßnahmen des Oberkommandierenden Kritik zu üben. Schon vor einiger Zeit war es genötigt gewesen, bittere Klage über die Aus-

rottungsstrategie Trothas zu erheben. Man kann das Windhuker Blatt, das die Interessen der Farmer und Händler vertritt, wirklich nicht bezichtigen, daß es für die Eingeborenen Partei ergreife. Allein die Ankündigung Trothas, daß er die Hereros bis zur Ausrottung zu vernichten gedenke, hatte begreiflicherweise auch die Ansiedler und Händler, die sonst den Hereros nicht genug Schandtaten nachsagen konnten, in begreifliche Erregung versetzt. Denn woher sollten sie später ihre Arbeiter und Ausbeutungsobjekte nehmen, wenn die Hereros völlig ausgerottet würden. Später erhob das Blatt dann vielfache Klagen darüber, daß die Farmer, die wiederum nach ihren Besitzungen zurückgekehrt seien, nicht genügend gegen die Ueberfälle der hungernd im Lande herumstreifenden versprengten Hererobanden geschützt würden. Diese Kritik bereitete dem Oberkommandierenden und Gouverneurs-Stellvertreter solchen Aerger, daß er nachfolgenden Ukas erließ:

„Telegramm aus Keetmannshoop den 12. 6. 05.

Da die „Windhuker Nachrichten" für das ihr von seiten der Militärbehörde erwiesene Entgegenkommen lediglich durch abfällige Kritiken quittiert und jeder Aeußerung des Mißvergnügens bereitwilligst Aufnahme gewährt, bestimme ich, daß dem Blatte von jetzt ab keinerlei Nachrichten, Berichte oder Artikel behördlicherseits mehr zuzugehen haben. Trotha."

Dieser Erlaß verrät eine ganz wundersame Auffassung von den Pflichten eines Generalgouverneurs gegenüber der Oeffentlichkeit. Man sollte meinen, gerade in einer so prekären Lage, wie die ist, in der sich unsere famose Kolonie zurzeit befindet, hätte der Gouverneur alle Ursache, die Oeffentlichkeit über alle Ereignisse und Vorkommnisse so rasch und gründlich als nur irgend möglich zu unterrichten. Und das kann doch am besten durch Benutzung der Presse geschehen. Dem Herrn v. Trotha scheint es aber ganz gleichgültig zu sein, wo die Farmer ihren Betrieb wieder aufnehmen können oder nicht. Er scheint die ganze Kolonie für eine große Kaserne, einen riesigen Militärübungsplatz zu halten, auf dem die Zivilisten nur eine Art unangenehmer Manöverbummler sind. Seine Pflicht der Oeffentlichkeit gegenüber betrachtet er als Gefälligkeiten. Will das Windhuker Blatt weiterhin Nachrichten erlangen, so hat es sich jeder Kritik zu enthalten und vor allen Dingen auch alle Beschwerden seiner Leser über das Verfahren des großen Generalissimus dem Papierkorb zu überantworten!

Interessant ist es nun, was das Windhuker Blatt dem Herrn General erwidert:

„Der Ukas deckt sich mit dem, was schon früher einmal von derselben Stelle aus geplant war, es stimmt auch mit dem überein, was ein höherer Generalstabsoffizier vom Hauptquartier der Schriftleitung gegenüber geäußert: „Wenn Sie uns unbequem werden, dann schütteln wir Sie ab"; es deckt sich ferner mit den Berichten deutscher Blätter des Inhalts, daß den nach Deutschland zurückkehrenden Offizieren verboten ist, über die hiesige politische und die Kriegslage an die Presse Mitteilungen zu machen. Im Januar ds. Js. wurden die „Nachrichten" mit Zensur bedroht, weil sie Notizen brachten, die dem Truppenkommando nicht behagten. Da nun auf Grund des Reichs-Preßgesetzes unter den bestehenden Verhältnissen hierzulande eine Zensur nicht geübt werden kann, so blieb uns der Atem erhalten. Jetzt tritt die Maxime des Generalstäblers, das Abschütteln, in Kraft."

Weiter teilen die „Windh. Nachr." mit, daß auch die Swakopmunder „Disch. Südwestafr. Ztg." vom General v. Trotha ähnlich behandelt wurde, und bemerkt dann zu den Vorwürfen des Generals:

„Abfällige Kritik! — Sollen wir vielleicht Beifall rufen, wenn die am Waterberg vertriebenen, zum größten Teil im Jenseits gewähnten Hereros wieder auferstehen, nach Windhuk und anderen Orten zurückfluten, hier morden, dort rauben und Leben und Eigentum aufs neue bedrohen? Sollen wir in die Knie sinken und mit erhobenen Händen Dank stammeln für den bankrotten Zustand, in dem sich das Land als eine Folge des im Kriege mit den Hereros am Waterberg befolgten Satzes befindet: „Wir sind nicht gekommen, den Ansiedlern ihr Vieh zu holen, sondern um den Feind zu schlagen!" Oder sollen wir Lobhymnen anstimmen, wo der Mann in der Straße sowie die Intelligenz der Gesellschaft sich in vernichtenden Kritiken ergeht? Nein."

Das sind ja reizende Enthüllungen. Die zurückkehrenden Offiziere dürfen der Oeffentlichkeit keine Mitteilungen über die Lage in Südwestafrika machen. Warum? Sicher, weil die Lage eine trostlose ist! Das sagt ja auch das Swakopmunder Blatt, das darüber klagt, daß die Trothasche Vernichtungsstrategie sich nicht bewährt habe, daß die Geflüchteten und verhungert Geglaubten sich wieder nach Westen ergössen und nun blutige Rache nehmen für die erlittenen Drangsale und ihre in den Hungertod getriebenen Brüder. Diese Kritik kommt freilich etwas zu spät: nicht jetzt, wo die Trothasche Strategie Bankrott gemacht hat, hätte man Anklage erheben, sondern bei ihrem Beginn auf diese notwendigen Folgen derselben hinweisen müssen! Der Zustand des Landes ist also ein „bankrotter", die Aussichten auf Wiederherstellung des Friedens sind schlechter denn je! Es müssen noch weitere Hunderte von Millionen geopfert werden, bis es Herrn v. Trotha wirklich gelungen ist, die südwestafrikanische Sandwüste in einen völligen Friedhof zu verwandeln!

Einem solch' sinnlosen, bankrotten Treiben gegenüber gibt es nur eins: den sofortigen radikalen Bruch mit Trothas Kriegsführung, an dessen Stelle der Versuch treten muß, die Eingeborenen im Süden sowohl wie im Norden durch Gewährung eines Generalpardons und Bewilligung gerechter Friedensbedingungen zum Niederlegen der Waffen zu bewegen!

Krankenversicherung der Heimarbeiter. Das Reichsamt des Innern hat nach der „Frankf. Ztg." bei den gegenwärtigen Vorarbeiten für ein Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, umfangreiche Fragebogen den Bundesregierungen vorgelegt, in denen u. a. folgende Einzelfeststellungen verlangt werden: Ist das Bedürfnis für die allgemeine Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden dringlich, wenn nicht allgemein, in welchen Zweigen ist dies der Fall? Insbesondere: a) wie stellen sich die Hausgewerbetreibende beschäftigenden Unternehmer (II) dazu? b) wie stellen sich die Hausgewerbetreibenden der einzelnen hausgewerblichen Berufszweige im allgemeinen dazu? Welche Gründe werden für eine ablehnende Haltung geltend gemacht? Sind Unternehmer und Hausgewerbetreibende in der Lage, die Lasten der Krankenversicherung zu tragen? Besteht, angesichts der Verpflichtung der Unternehmer zur Beitragsleistung für die Krankenversicherung bei nicht hausgewerblicher Arbeit, für die einzelnen Zweige der Hausindustrie ernstlich Gefahr, daß die Unternehmer bei finanzieller und geschäftlicher Belastung durch die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden einschränken oder ganz aufgeben würden? Erscheint es durchführbar und wünschenswert, alle mitarbeitenden Familienmitglieder der Hausgewerbetreibenden der Versicherung zu unterwerfen? Besonders wichtig ist endlich die Frage, ob es sich empfiehlt, vorzusehen, daß bei einzelnen Gruppen von Hausgewerbetreibenden diese selbst von der Beitragspflicht befreit werden können, mit Rücksicht aber auf den — wie im Entwurf zu bestimmen sein würde — in jedem Falle zu zahlenden Arbeitgeberbeitrag den betr. Hausgewerbetreibenden eine niedriger zu bemessende Unterstützung gewährt wird (Arzt, Arznei, Krankenhauspflege). — Damit ist anerkannt, daß die Lage der Heimarbeiter die denkbar trostloseste ist. Man ist bereit, zu helfen; aber nur der Bedingung, daß — die armen und bedauernswerten Unternehmer nicht von den „Lasten neuer Verpflichtungen" erdrückt werden. So sieht's aus mit unseren „Fortschritten" auf sozialpolitischem Gebiete.

Der unter dem Verdacht der Spionage am Sonnabend in Swinemünde verhaftete Oesterreicher, der vom Leuchtturm versucht hatte, photographische Aufnahmen der Befestigungswerke zu machen, ist wieder freigelassen worden, nachdem die Berliner Fabrik die Angaben des Verhafteten, daß er für die Firma Aufnahmen gemacht habe, bestätigt hatte.

Rußland.

Zur halbjährigen Gedenkfeier des 22. Januar. Am 22 Juli wurde in Petersburg für die Opfer des 22. Januar in der St. Ekaterinakirche eine Totenmesse gehalten. Die Kirche war von Arbeitern überfüllt. Der Geistliche lehnte jegliche Belohnung ab und gab selbst den Arbeitern drei Rubel mit der Bitte, sie einer besonders notleidenden Familie zu übergeben. Von den deutschen Zeitungen, die in Petersburg erscheinen, erschien am 23 Juli nur die „Petersburger Zeitung" Wie dem Syn Otechestwo gemeldet wird, willigten einige Setzer erst dann ein, zu arbeiten, als ihnen am Vorabend vom Herausgeber 10 Rubel Trinkgeld gegeben wurde.

Ein 16 jähriger zum Tode verurteilt. In der Peter-Paulsfestung verurteilte das Kriegsgericht den 16 jährigen Chaim Gerschkowitsch zum Tode durch den Strang, weil er bei der Entdeckung einer Bombenfabrik neben dem Verkehrsministerium am 14. Juli einen Polizeioffizier mit einer Schußwaffe verwundet hatte. — Glaubt man wirklich, durch solche Bluturteile die Revolution niederschlagen zu können?

Gerichtet. In Warschau wurde wiederum ein Polizist durch Revolverschüsse getötet. Der Täter entkam. In Lubin wurde der dortige Kreisrichter, der sich in Gesellschaft einer Dame auf der Straße befand, durch sechs Revolverschüsse getötet. Seine Begleiterin blieb ebenfalls auf der Stelle tot. Der Täter entfloh.

Der Streik der Arbeiter der Wladikawkaseisenbahn dauert auf der ganzen Linie fort. Die Ausständigen halten die Züge nach Rostock am Don an; dort stockt der Handel völlig, und man befürchtet ernste Unruhen. — Inzwischen ist auch in Rostow am Don ein allgemeiner Streik auf politischer Grundlage ausgebrochen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Kosaken wurden mehrere Personen getötet.

Ein Polizeibericht. Das Polizeidepartement veröffentlicht im „Regierungsboten" folgende Mitteilung über die Vorgänge in Nischnij-Nowgorod am 22. Juli und den folgenden Tagen: „Die Anregung zu den Ausschreitungen gingen von ausständigen Arbeitern der Sormowowerke und einiger anderer Fabriken aus, welchen sich auch einige Semstwobeamte angeschlossen hatten. Die Versuche der Demonstranten, sich zu vereinigen, wurden im Laufe des Tages mehrmals von der Polizei vereitelt; ebenso vereitelte die Polizei die Absicht der Arbeitswilligen, über die Ruhestörer herzufallen. Am 23. Juli abends vereinigten sich die Ruhestörer zu einem Umzug, obgleich eine nach Tausenden zählende Menge von Händlern, Handwerkern und Arbeitern unzweideutig Miene machte, jede Kundgebung gewaltsam zu verhindern. Ein Schuß aus der Mitte der Ausständigen steigerte die Erbitterung der Volksmenge gegen die Ruhestörer, welche bei Anbringen der Menge nach allen Seiten flüchteten. Auf dem Ostroschny-Platz spielten sich wilde Szenen ab. Auf den Straßen und in den Häusern fing die erbitterte Menge die Demonstranten ein, mißhandelte sie und stieß Verwünschungen gegen die Urheber des Ausstandes aus. Da sich diese Szenen an verschiedenen Punkten der Stadt abspielten und die Volksmenge in solchem Maße erbittert war, daß sie sich auf die zu Hilfe kommenden Polizeitruppen warf, um die verhafteten Demonstranten zu lynchen, gestaltete sich die Herstellung der Ordnung überaus schwierig. Wie vorläufig ermittelt werden konnte, wurde der Apotheker Heintze, welcher die Demonstranten anfeuerte und selbst den ersten Schuß abgab, getötet und 27 Personen wurden verwundet. Den Demonstranten wurden acht Revolver abgenommen. Nach diesem mißlungenen Versuch, die Arbeiter für sich zu gewinnen, machten die Anführer am 24. Juli einen Aufwiegelungsversuch auf dem Trödelmarkt. An diesem Tage erschlugen die Arbeiter 4 Personen und verwundeten 13. Ebenso schlimm endete der 25. Juli bei dem Versuch der Unruhestifter, die Uferarbeiter für sich zu gewinnen. Diese erschlugen die Abgesandten der Aufwiegler, die darauf auf die Arbeiter Schüsse abfeuerten. In dem dadurch veranlaßten Handgemenge wurden 6 Personen getötet und 13 verwundet, doch konnte die Ruhe ohne Anwendung von Waffengewalt wieder hergestellt werden. Auf die Schule der Sormowowerke, wo Truppen einquartiert sind, wurde eine Bombe geworfen, wobei einer der Aufrührer selbst umkam." Der Bericht ist ein echtes Produkt russischer Polizeimache. In Wahrheit sind die Unruhen in Nischnij-Nowgorod das Ergebnis polizeilicher Aufhetzung gegen die politisch aufgeklärte Bevölkerung, gegen die zielklaren Arbeiter und gegen die Intelligenz. Das Petersburger Blatt „Ruß. Slowa" schildert die Vorgänge richtig. „Der 23. Juli wird für immer im Gedächtnis der Einwohner Nischnij Nowgorods bleiben. Auf dem Ostroschny-Platze entstand ein wahres Wüten. Man verprügelte alle besser Gekleideten, die etwas intelligenter aussahen. Man prügelte Damen, Mädchen, Schüler, Lehrer, alles, was an Intelligenten einem in die Hände kam. Ein Haufe von Strolchen stürmte johlend über den Platz und warf sich mit den Rufen: „Da sind sie, schlagt sie!" auf die sich zeigenden Intelligenten und schlug sie halbtot Eine vorübergehende Dame wurde durch zwei Faustschläge ins Gesicht zu Boden geworfen und dann bis zur Bewußtlosigkeit verprügelt. Zufällig Vorübergehende bedeckten ihr Gesicht mit den Händen, um die Greuel nicht zu sehen, und eilten davon. Als aus einem Hause aus Notwehr ein Schuß abgegeben wurde, zerstörten die Strolche das Haus. Ermordet wurde ein gewisser Heintze, ehemaliges Mitglied der Gesellschaft zur Veranstaltung von Schaustellungen im Volkshause. Der Ermordete ist ein junger Mensch. Seinen Leichnam erkannte man kaum, so entstellt war er. Verstümmelte und Verwundete gibt es an 70–80. Um 10 Uhr abends war alles ruhig. Später erließ der Gouverneur eine Erklärung, die die Einwohner auffordert, ruhig an ihre gewohnte Tätigkeit zu gehen und gewiß zu sein, daß „alle Maßnahmen zum Schutze der Einwohner ohne Unterschied des Berufs und der Konfession" getroffen seien."

Ein Jahr Revolution. Am 28. Juli war ein Jahr vergangen, seit den Minister des Innern v. Plehwe sein Geschick erreichte. Man wird diesen Tag im Gedächtnis halten weit mehr als irgend ein anderes der zahlreichen Daten, die den Weg der russischen Freiheitsbewegung bezeichnen. Vom 28. Juli 1904 ab dürfen wir den Beginn der Revolution rechnen, der der Zarismus schließlich zum Opfer fallen wird. Was vorher geschah, waren vereinzelte Ausbrüche einer systemlosen Auflehnung gegen das herrschende Regime. Auch später ist es keine systematische und organisierte Bewegung gewesen, gegen die sich der Absolutismus zur Wehr setzen mußte, aber mit der Nachricht, daß Plehwe gefallen sei, zog doch in die Herzen derer, die unter dem Zarismus litten, das Bewußtsein von der Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes ein, und wenn auch kein äußeres Band die Soldaten der Revolution umschlingt, so besteht doch seit Jahresfrist bei ihnen das Gefühl der Solidarität: sie fühlen, daß sie sich in einem Kriege befinden, in dem zwar der eine unter Umständen Mittel anwendet, die dem anderen mißfallen, der aber ein nächstes Ziel hat, das ihnen allen ohne Unterschied willkommen ist. Wir wollen nicht auf die einzelnen Etappen dieses hinter uns liegenden Jahres eingehen. Sie sind noch in frischem Gedächtnis. Es hat Momente gegeben, wo man den Sieg der Freiheitsbewegung nahe glaubte und es hat andere Zeiten gegeben, in denen man besorgen mußte, daß die Reaktion auch diesmal triumphieren werde. Bald hob eine günstige Welle das Schifflein der Revolution hoch empor, bald verschwand es fast in der dräuenden Brandung. Mit der Zeit hat man gelernt, ruhig zu urteilen, man sieht die gewaltigen Schwierigkeiten, die der Freiheitsbewegung entgegenstehen, aber kaum ein Mensch zweifelt noch daran, daß sie, wenn auch nach langen und harten Kämpfen siegen wird, und daß der Brand, der im Juli 1904 entfacht wurde, von allen Trepows und Bulygins, geschweige denn von einem Nikolaus nicht mehr gelöscht werden kann. Gerade gegenwärtig haben wir ja wieder eine Zeit, wo die Chancen der Reaktion scheinbar sich bessern. Aber ihr Vorgehen schürt doch nur das Feuer, anstatt es zu dämpfen, und wer nur einigermaßen unterrichtet ist, der weiß mit wie fieberhaftem und erfolgversprechendem Eifer im Lager ihrer Feinde gearbeitet wird. Der weiß vor allem, daß der Wurm der Unzufriedenheit ihre festesten Stützen, Heer und Flotte, immer mehr zerfrißt, daß jede Mobilisierung zu der die Regierung schreiten muß, die revolutionären Elemente innerhalb des Militärs verstärkt. Die feste Ueberzeugung vom Sturze des Absolutismus hat sich sogar bis zu den isolierten politischen Gefangenen in den einsamsten Kasematten Bahn gebrochen. Von dorther sind uns — wir unterlassen aus begreiflichen Gründen, eine nähere Ortsbestimmung — einige Zeilen eines Freiheitskämpfers, natürlich auf mancherlei Umwegen zugegangen, welche lauten: „Wir Opfer der russischen volksbefreienden Partei, die wir Jahre lang und manche Jahrzehnte lang hier schmachten, senden unsere Grüße den zivilisierten freien Weltvölkern und sagen, daß wir in unseren dunklen Gefühlen ein baldiges Ende dieser Qualen und Leiden sehen. Ein Strahl der Hoffnung ist in unsere Seelen gedrungen und wir fühlen uns neu gekräftigt. Eine neue Energie hat unsere schwach gewordenen Organismen belebt. — Die zarische Bastille wird bald erstürmt. Die Strahlen der langersehnten Morgenröte der russischen Freiheit sind sichtbar. Unsere Seelen zittern vor Freude — Hoch lebe die russische Republik! Hoch lebe die revolutionäre Volkspartei!"

Oesterreich-Ungarn.

Krieg im Frieden. Von einem feigen Offiziersüberfall wird der Wiener „Arbeiterzeitung" aus Jaroslau berichtet. Dort hatte der Journalist Seelieb in seinem Blatte einige Offiziere angegriffen. Beim Verlassen der Krankenkasse, deren Leiter er ist, wurde Seelieb plötzlich von drei Offizieren überfallen und in unerhörter Weise malträtiert. Er erhielt 17 Verletzungen und mußte zu Bett liegen. Am Abend sah man den Hauptattentäter mit andern Offizieren auf der Straße und die Menge zeigte Lust, den Offizier zu lynchen. Die Offiziere entflohen, erschienen aber plötzlich mit einer Eskadron Husaren und es kam zu einem Zusammenstoß mit der Menge. Aehnliche Krawalle wiederholten sich in den nächsten Tagen.

Russische Spitzel in Ungarn. Die Fangarme des zaristischen Spitzelsystems umfassen, wie schon längst bekannt, so ziemlich die ganze Kulturwelt! namentlich sind russische Spitzel in Ungarn in letzter Zeit wieder ungemein tätig. Unzählige Massen von Russen fliehen gegenwärtig dem schrecklichen Schauplatz der zaristischen Blutherrschaft. Die aus Südrußland kommenden Flüchtlinge benutzen vielfach den Wasserweg über Budapest als den günstigsten und billigsten.

Selbstverständlich handelt es sich da vielfach um Flüchtlinge, die an der hochgehenden politischen Bewegung sich beteiligt haben und nun, weil die Polizei auf sie fahndet, das Land verlassen müssen. Die russische Regierung weiß sehr wohl, daß solche Flüchtlinge, wenn sie das Knutenreich, in dem jede Regung eines freien Gedankens erstickt wird, hinter sich haben, sich gerne gehen lassen und häufig sehr vertrauensselig und mitteilsam sind. An diese drängen sich nun die russischen Spitzel als angebliche Leidensgefährten heran und versuchen von ihnen zu erfahren, welche Pläne die russischen Revolutionäre haben, ferner die Adressen ihrer Verwandten und Freunde usw. Das, was sie erfragen, berichten sie dann an die russische Polizeibehörde, die sich dann auf die in Rußland gebliebenen Opfer wirft. Ueber derartige Fälle berichtet die letzte Nummer unseres Budapester Parteiorgans, die „Volksstimme". Dort sind einige als russisch-jüdische Flüchtlinge verkappte Individuen, die sich in der obengenannten Weise an politische Flüchtlinge heranmachten, als Polizeispitzel entlarvt und mit einer gehörigen Tracht Prügel bedacht worden. Sodann wurden sie der Budapester Polizei als russische Spitzel angezeigt und mußten das Land verlassen.

Frankreich.

Kolonialbestien. Der Kolonialbeamte Girad wurde zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er im Kriegsgebiet ohne Befugnis einen Dolmetscher hatte hinrichten lassen. — Ein mildes Urteil für diese Bestie!

Italien.

In der Kammer kam es am Freitag nach der „Fr. D. Pr." am Schluß der Sitzung zu einer heftigen Szene. Der konservativ-klerikale Abgeordnete Santini beantragte, Sonnabend, am Todestage Humberts I, einen Kranz an der Gruft niederzulegen, als Ehrfurchtsbezeugung „der ganzen Kammer"; bei diesen Worten fiel ihm Genosse Montemartini in die Rede: „der ganzen Kammer nicht." Es entstand darauf ein großer Lärm; die bürgerlichen Abgeordneten protestierten gegen die äußerste Linke, auf deren Bänken die Sozialisten und die Republikaner sich erhoben und mit ihrem: „Nein, nicht der ganzen Kammer!" den Protest übertönten. Als der Präsident Marcora, der sich mit Mühe Gehör schaffte, auch von einer „einmütigen Trauerkundgebung" sprach, wurde die Unruhe größer. Die Konservativen und Liberalen riefen: „Es lebe der König!" die Sozialisten und Republikaner antworteten: „Es lebe die Republik!" Unter dem furchtbarsten Lärm wurde endlich um 8 Uhr 20 Min. die Sitzung aufgehoben.

Ein Sieg der Obstruktion. Die Extrasession der Kammer endete schon Sonntag infolge der großen Hitze, welche die Abgeordneten unlustig machte. Die Regierung war daher zu einem Kompromiß geneigt. Der Premierminister Fortis schlug vor, die nicht angefochtenen Abmachungen betreffs Abfindung der alten Eisenbahngesellschaften sofort in Kraft zu setzen und den angefochtenen Teil neu zu prüfen. Mit dem letzteren Vorschlag war die ganze Kammer einverstanden. Der Sozialist Turati kennzeichnete diesen Ausweg als eine Folge der sozialistischen Obstruktionsdrohung. Die Krisenfrage sei also bis November vertagt. Fortis selbst gab zu, daß das Ministerium durch das Kompromiß leide.

Serbien.

Nach preußischem Vorbild. Der „Lokalanz." meldet aus Wien: Die Belgrader Polizei hat den deutschen Staatsbürger Albert Kaltenborn, aus Leipzig stammend, und dessen Geliebte, eine österreichische Staatsangehörige, ausgewiesen. Kaltenborn gilt als gefährlicher Anarchist und soll die jüngsten Streiks in Belgrad arrangiert haben. Ja, ja: Wer man nicht anders „fassen" kann, steht man als Anarchisten an!

England und Japan.

Die Eroberung von Sachalin durch die Japaner ist anscheinend mit den zuletzt gemeldeten Kämpfen beendet. Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung bereits auf Sachalin eine Zivilverwaltung eingesetzt habe.

Wie in Petersburg verlautet, telegraphierte der Zar, als er den Verlust der Insel Sachalin erfuhr, an General Linewitsch, um diesem sein Erstaunen auszudrücken über die ungenügende Verteidigung der Insel. Darauf hat Linewitsch an den Zaren folgenden Bericht gesandt: „In der letzten Zeit behaupteten ausländische Zeitungen sehr häufig, daß unsere Armeen vollkommen eingeschlossen und ihre Lage nicht nur gefährlich, sondern sogar kritisch wäre. Die russischen Zeitungen wiederholen diese falschen Gerüchte. Dies ist der Grund, warum in der Gesellschaft eine ganz falsche Vorstellung bezüglich der Lage unserer Armee herrscht. Infolge dessen berichte ich Eurer Majestät, daß die Armee sich niemals in gefährlicher Lage befunden hat; unsere Flügel sind niemals umgangen worden. Die Japaner haben vielleicht versucht, unsere Flügel zu umfassen, aber stets ohne Erfolg. Wir stehen dem Gegner gegenüber. Die Japaner befinden sich noch in einer gewissen Entfernung von unserer Hauptstellung. Obgleich sie mehrfach den Versuch gemacht haben, näherzukommen, sind diese Versuche stets ohne Erfolg geblieben. Ich berichte Eurer Majestät ferner, daß der Geist der Truppen mir volles Vertrauen einflößt und daß die Armeen zur Ausführung jeder Aufgabe bereit sind." — An schönen Worten hat es den russischen Heerführern bekanntlich noch niemals gefehlt. Was man aber von solchen Redensarten zu halten hat, ist bekannt. Nun, der Hauptzweck dieses Berichts dürfte die „Beruhigung" „Väterchens" sein und das ist Linewitsch zweifellos gelungen. Gibt doch „Väterchen" auf schöne Worte bekanntlich sehr viel.

Ueber Japans politisches Programm äußerte sich der japanische Ministerpräsident in einer Unterredung wie folgt: „Japans Streben richtet sich ausschließlich auf die Erhaltung seiner nationalen Unabhängigkeit. Es hegt keinen Wunsch nach territorialer Vergrößerung oder einer diktatorischen Oberherrschaft. Rußland muß indes politisch wie auch auf anderem Gebiete die Kosten des Krieges tragen. Unsere Politik in Ostasien ist mit der Englands und Amerikas identisch. Wir wollen zu unserem eigenen Besten und zum Besten der Welt mit allen Nationen zusammenwirken, um China und Korea die Segnungen der modernen Entwicklung aufzuzwingen. China und Korea sind in den Händen einer korrupten und unwissenden Beamtenschaft, die wir so schnell wie möglich durch Erziehung bessern werden, wenn es geht durch Ueberredung, wenn es nötig ist, durch Zwang. Japan hat schließlich der Welt noch mitzuteilen, daß es bereit ist und immer bereit sein wird, mit jeder Nation zu kämpfen, die versucht, die Linie zu überschreiten, welche wir als die Grenze unserer nationalen Sicherheit betrachten."

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 2. August.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Parteigenossen in Mecklenburg und Lübeck.

Der diesjährige Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck findet am 3. und 4. September in Lübeck („Vereinshaus", Johannisstraße 50) statt. Die Tagesordnung ist:

1. Bericht des Landesvertrauensmannes.
2. Kassenbericht.
3. Situationsbericht.
4. Das neue Organisationsstatut.
   Referent: F. Starosson-Rostock.
5. Mecklenburgisches Finanzwesen.
   Referent: Dr. Herzfeld-Berlin.
6. Beratung der gestellten Anträge.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, die nötigen Vorarbeiten zum Parteitag recht bald vorzunehmen, vor allem aber dafür zu sorgen, daß jeder Ort, wo sich eine Anzahl Parteigenossen befindet, durch einen Delegierten auf dem Parteitage vertreten ist.

Etwaige für den Parteitag zu stellende Anträge, sowie auch die Namen und Adressen der Delegierten wolle man bis spätestens Montag, den 21. August, an untenstehende Adresse senden, wohin auch alle Anfragen über den Parteitag zu richten sind.

Wilh. Kröger, Rostock, Doberanerstr. 6.

Es wird geölt! Am 1. und 2. eines jeden Monats erhalten die Invaliden- und Unfallrentner die ihnen zustehende Rente ausgezahlt. Zu diesem Zwecke müssen die betreffenden Leute sich erst vom Polizeiamt die Unterschrift beglaubigen lassen, worauf in der Post die Auszahlung der Rente erfolgt. Das Polizeibureau ist an diesen Abenden bis 7 Uhr geöffnet. Als gestern Abend die Rentenempfänger gegen ½7 Uhr zum Polizeibureau kamen, wurde ihnen kurz und bündig erklärt: es wird geölt, und deshalb erfolgt keine Beglaubigung der Unterschrift. Die Folge davon war, daß sich die Leute heute morgen unter Einbüßung ihres Lohnes von ihrer Arbeit freimachen mußten, um die polizeiliche Beglaubigung einzuholen. Es wäre doch nicht mehr als recht und billig gewesen, wenn wenigstens bekannt gegeben worden wäre: am Dienstag abend von 6 bis 7 Uhr wird geölt. Dann wußten die Rentenempfänger, woran sie waren. Im übrigen halten wir es für dringend wünschenswert, wenn man sich zum Oelen des Bureaus eine andere Zeit aussucht, als gerade diejenige, von der man weiß, daß die Rentenempfänger zur Beglaubigung ihrer Unterschrift erscheinen werden.

„Alles besetzt." Während der Reisezeit hört man auf den Bahnhöfen zuweilen diesen Ausruf, wenn Reisende nicht in der ihrer Fahrkarte entsprechenden Wagenklasse Platz finden können und tatsächlich „alles besetzt" ist. In solchem Falle ist es dem Reisenden zu empfehlen, von dem Schaffner zu verlangen, daß er ihm einen seiner Fahrkarte entsprechenden Platz anweise. Hierzu ist der Eisenbahnbedienstete nach § 17 Abs. 3 der deutschen Eisenbahnverkehrsordnung verpflichtet. Kann dem Reisenden aber wegen Ueberfüllung kein seiner Fahrkarte entsprechender Platz angewiesen oder ein Platz in einer höheren Klasse eingeräumt werden, so steht ihm, wenn er durchaus mitfahren will, nach § 14 Abs. 2 der EVO frei, seine Fahrkarte gegen eine solche niedrigerer Klasse (z. B. 2. gegen 3. Kl.) unter Rückempfangnahme des Preisunterschieds umzutauschen, vorausgesetzt, daß in der niedrigeren Klasse ein Platz frei ist. Ist dies nicht der Fall, so bleibt dem Bedauernswerten freilich nichts weiter übrig, als von der Fahrt abzusehen und das Fahrgeld zurückzunehmen oder einen der später abgehenden Züge zu benutzen. Der Reisende ist aber keineswegs berechtigt, selbständig und ohne Anweisung der Beamten Platz in einer höheren Wagenklasse zu nehmen als in der, die seiner Fahrkarte entspricht, auch wenn dort alle Plätze besetzt sind. Nimmt er dennoch ohne Anweisung in einer höheren Wagenklasse Platz, so macht er sich einer strafbaren Handlung schuldig.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juli ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, 1 goldene Herrenuhr, 1 goldener Trauring, 1 goldene, 1 silberne und 1 Emaillebroche, 1 Kneifer, 3 Handtaschen mit Inhalt, 1 Damenregenschirm, 1 Bruchband, 1 Petroleumbrenner, 2 Haarkämme, 2 Paar Kinderschuhe und 1 stählerne Stange.

Freisinnige Unverfrorenheit. Ein sinnentstellender Druckfehler befindet sich in unserer gestrigen Polemik gegen den „L. St. u. L.-B.". In der aus diesem Blättchen abgedruckten Notiz ist nämlich versehentlich ein Teil des Satzes, auf den es hauptsächlich ankommt und den wir kritisierten, fortgelassen worden; richtig muß es heißen: „Der Zentralverband der Handels-Transport-Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands geht hier in letzter Zeit unter den noch nicht der Sozialdemokratie angeschlossenen resp. noch nicht organisierten Arbeitern mächtig mit der Werbetrommel herum." Der gesperrt gedruckte Satzteil fehlt in der gestrigen Nummer unseres Blattes.

Entwertung der Invalidenversicherungs-Marken. Der Bundesrat hat einige Abänderungen der Vorschriften über die Entwertung der Marken und die Einrichtung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung beschlossen. Arbeitgeber und Versicherte, die Marken in die Quittungskarten einkleben, sind zur Entwertung sämtlicher Marken verpflichtet. Diejenigen Organe der Versicherungsanstalten, Behörden oder Beamten, die die Kontrolle der Beitragsentrichtung ausüben, sind verpflichtet, alle in den Quittungskarten befindlichen Marken zu entwerten, die noch nicht entwertet sind. Die Entwertung der Marken liegt demjenigen ob, der die Marken einzukleben hat, sie muß alsbald nach der Einklebung erfolgen. Auch die Formulare sind in einigen Punkten abgeändert worden. Die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober 1905 in Kraft.

Die Zeit des Drachensteigens hat nunmehr ihren Anfang genommen. Drachenfeinde sind bekanntlich alle Telegraphen- und Telephondrähte, an denen die Drachen mit Vorliebe hängen bleiben, um dadurch oftmals eine Störung im Betriebe zu veranlassen. Erinnert sei deshalb daran, daß der Drachenbesitzer resp. dessen Eltern für den Ersatz der gestörten Leitungen haftbar gemacht und obendrein noch bestraft werden können.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 20 Grad.

pb. **Ergriffene Urkundenfälscherin.** Festgenommen wurde eine aus Kopenhagen nach hier verwiesene angebliche Witwe eines Reisenden aus Kiel, die seitens der Königlichen Staatsanwaltschaft in Kiel, wegen Beihülfe zur schweren Urkundenfälschung pp. steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Anzeige erstattet** wurde gegen eine Ehefrau, die einer anderen Frau aus dem 2. Stock eines Hauses der Ludwigstraße eine Wanne voll Wasser über den Kopf goß.

pb. **Diebische Elster.** Festgenommen wurde eine Haushälterin, die sich Hausstandsgegenstände, Wäschestücke aller Art sowie Schmuckgegenstände, die Eigentum ihrer Dienstherrschaft sind, rechtswidrig aneignete. Bei einer Haussuchung wurden Sachen von beträchtlichem Werte gefunden und beschlagnahmt.

pb. **Betrug.** Gegen einen ledigen Schuhmachergesellen, der sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von seinem Meister 60 Mk. lieh, wurde Anzeige wegen Betruges erstattet.

pb. **Erwischter Uhren-Marder.** In verflossener Nacht wurde ein Arbeiter festgenommen der eine gute silberne Remontoiruhr mit guter Doubleekette auf der Straße zum Kaufe anbot. Der Festgenommene räumt ein, diese Uhr gestern Abend einem Betrunkenen in den Anlagen vor dem Burgtor gestohlen zu haben. An der Uhrkette befindet sich ein Medaillon in Buchform, dessen eine Seite eine Verzierung und dessen andere Seite folgende Inschrift trägt: „71" — 3. Novbr. — 96, gewidmet von den Mitarbeitern. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich beim Polizei-Amt zu melden.

pb. **Mißhandlung.** Gegen einen hiesigen Droschkenkutscher, der an der Untertrave einen Passanten und seiner Frau mit der Peitsche um die Ohren schlug, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Nieter aus Bredow-Stettin, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Aschheimer gestohlen.** In der Nacht vom Montag zum Dienstag dieser Woche ist von der Haustür des Hauses Untertrave 36 ein neuer Aschheimer aus Zink abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Leichenfund.** Heute Morgen gegen 6½ Uhr wurde unweit der Wipperbrücke die Leiche eines anscheinend auf der Reise befindlichen Arbeiters aus der Trave gezogen. Bei der Leiche wurde eine Reiseroute der Korrektions-Anstalt Oewel, auf den Namen Theodor Kiel lautend, gefunden. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, war bisher nicht festzustellen.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Gothmund ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Fischermeisters Jochim Gottfried Hinrich Heitmann der Fischermeister Heinrich Friedrich Christoph Kröger zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erwählte ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt worden und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

Schönberg. Ein Raubmordversuch wurde Montag in der Nähe von Ratzeburg ausgeführt. Der Arbeiter Schall aus Neuhof ersuchte einen Arbeitskollegen, mit ihm nach Ratzeburg zu gehen. Auf der Bäk kehrten beide ein. Schall machte seinen Kollegen betrunken, und da er wußte, daß sein Kamerad im Besitze von Geld war, faßte er den Entschluß, ihn auf dem Rückwege zu berauben. Von der Wanderung müde, lagerten sich beide in einem Graben, wo der Begleiter Schalls bald einnickte. Sch. machte sich jetzt bei den Taschen seines Reisegefährten zu schaffen; dabei erwachte dieser. In rohester Weise fiel jetzt Schall über sein Opfer her und schlug mit einem Knüppel solange auf den Aermsten, bis er glaubte, daß dieser tot sei. Dann nahm er dessen sämtliche Wertsachen an sich, warf den Erschlagenen in den Graben und entfernte sich. Später fanden Passanten den Unglücklichen und bemerkten, daß noch Leben in ihm sei. Sie sorgten dafür, daß der Schwerverletzte in das Schönberger Krankenhaus überführt wurde. Hier erlangte er die Besinnung wieder und bezeichnete Schall als den Täter. Die sofort angeordneten Maßnahmen führten bald zur Entdeckung des Mordbuben, der in Schlagsdorf angetroffen wurde. Schall wurde verhaftet und ins hiesige Gefängnis überführt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Niedergebrannt ist auf dem Rittergute Gr. Schwansee bei Grevesmühlen der von mehreren Familien bewohnte Kathen des Hof-Vogtes. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. — Beim Vogelschießen in Over bei Harburg platzte ein Böller; dem Büchsenmacher des Harburger Pionier-Bataillons wurde die rechte Hand fast völlig abgerissen. — Von einem bedauerlichen Unglücksfall ist die Familie des Kanalweichenstellers Mischke zu Fischerhütte bei Hanerau betroffen. Dort traf die Nachricht ein, daß sein 19jähriger Sohn bei Schlestedt über Bord gefallen und ertrunken sei. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Altona. Freigesprochen Der Musketier Schl. von der 11. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 75 (Stader Bataillon) stand vor dem Kriegsgericht unter der Anklage der Gehorsamsverweigerung, des Ungehorsams und des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten mit der Waffe und vor versammelter Mannschaft. Der Angeklagte wurde im Oktober 1904 als Ersatzrekrut eingestellt. Am 17. November mußte er unter dem Kommando des Gefreiten Schr. beim Nachexerzieren Griffe üben. Als der Uebende das Gewehr schlecht anfaßte, korrigierte der Gefreite seine Haltung. Schl. entriß ihm das Gewehr und nahm eine drohende Haltung an. Ein Sergeant trat dann dazwischen, und auch gegen ihn nahm der Angeklagte sogleich Fechterstellung ein. Der Angeklagte gibt zu, er habe dem Gefreiten eins auswischen wollen. Nachdem der Angeklagte nach der Pause wieder in seine Abteilung eingetreten war, sollten die Leute unter dem Unteroffizier Ti. eine Seitwärtsbewegung ausführen. Als bei dieser Gelegenheit etwas Gedränge entstand, sodaß der Angeklagte einen Stoß erhielt, erhob er das Gewehr, um seinen Nebenmann damit zu schlagen. Den Befehl des Unteroffiziers, das Gewehr herunterzunehmen, befolgte Schl. nicht, vielmehr warf er es zu Boden und wollte es trotz wiederholten Befehls des Leutnants nicht aufheben. Er wurde dann in Arrest abgeführt. Auch im Arrest hat Schl. in einem Falle den Gehorsam verweigert. — Während der Untersuchung erhoben sich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Schl. Durch eine Reihe von Zivilzeugen wurde festgestellt, daß er von jeher als ein eigen-

tümlich gearteter Mensch gegolten hat. Er ist dann auf Veranlassung der ersten Instanz in Bremen auf seine geistige Veranlagung untersucht worden. Man ist dort zu der Ansicht gelangt, daß Schl. in gewissem Grade schwachsinnig ist, jedoch nicht in dem Grade, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen erscheint. Das Kriegsgericht glaubte, ihn jedoch nicht für seine Straftaten verantwortlich machen zu dürfen und sprach ihn frei. Hiergegen legte der Gerichtsherr Berufung ein. Schl. wurde nun nochmals unter Beobachtung gestellt, indem man ihn sechs Wochen der öffentlichen Irrenanstalt in Hildesheim übergab. Sanitätsrat Dr. Gerstenberg faßte sein ausführliches Gutachten dahin zusammen, daß Schl. erblich belastet und seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist und daß sie es besonders auch bei Begehung seiner Straftaten war. Oberstabsarzt Dr. Brill, der den Schl. im Garnisonlazarett beobachtet hat, hält den Angeklagten für unzweifelhaft schwachsinnig, aber auch im Affekt durch den Grad des Schwachsinns nicht entscheidend beeinflußt. Eine absolute Unverantwortlichkeit für seine Straftaten sei nicht anzunehmen. Der Vertreter der Anklage beantragte, die Berufung des Gerichtsherrn zu verwerfen. Das Oberkriegsgericht sprach nach kurzer Beratung das folgende Urteil aus: „Die Berufung des Gerichtsherrn wird verworfen.“ Damit ist der Angeklagte abermals freigesprochen.

Altona. Einen schrecklichen Selbmordversuch beging gestern abend gegen 7 Uhr der Schiffsreniger Karl Knaak, wohnhaft Unzerstraße 58, II. Er begoß sich von oben bis unten mit Petroleum, sodaß seine Kleider völlig durchtränkt waren; dann zündete er die Kleider selbst an und bildete im Nu eine lebende Feuersäule. Als Leute den Vorgang bemerkten, eilten sie herzu und erstickten die Flammen. Knaak hat furchtbare Brandwunden an Leib, Brust und Armen erlitten. Er wurde in hoffnungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht.

Wismar. Die hiesigen Kohlenarbeiter sind, nach Meldungen bürgerlicher Blätter, in den Streik getreten. Sie haben von der Firma Podeus, für die ein mit Kohlen beladener Dampfer im Hafen liegt, Erhöhung des Arbeitslohnes verlangt, der ihnen nicht bewilligt wurde.

Neustrelitz. Zu einer Arbeitseinstellung seitens der Maurer ist es hier auf dem Erweiterungsbau des großherzogl. Schlosses gekommen. Von der Arbeitseinstellung werden einige 70 Maurer betroffen, die sämtlich in Neustrelitz und Umgegend wohnhaft sind. Ueber die Ursache des unerwarteten Zwischenfalls weiß die „Landesztg.“ zu berichten: Infolge des starken Regens mußten Freitag vormittag die Arbeiten auf eine kurze Zeit unterbrochen werden. Als der Regen aufgehört hatte, wollten die Maurer sofort wieder an die Arbeit gehen, während der den Bau leitende Polier die Arbeit erst nach einer Viertelstunde wieder aufnehmen lassen wollte. Wenn nämlich die Maurer sofort wieder angefangen hätten, wäre eine viertelstündige Berechnung eingetreten, was der Polier zu vermeiden beabsichtigte, weil wohl nach halben, nicht aber nach Viertelstunden berechnet würde. Die Maurer traten hierauf zu einer Beratung zusammen, als deren Ergebnis sie die Forderung an den Polier stellten, daß entweder die halbe Stunde bezahlt werde, oder sie würden die Arbeit niederlegen. Da die Maurer hierauf bestehen blieben, wurden sie sämtlich am Nachmittag entlohnt. Bis jetzt ist noch keine Einigung erzielt, und so ruhen vorläufig die Maurerarbeiten auf dem Schloßbau.

Lage. Hoch klingt das Lied vom braven Mann! Bei einem hier ausgebrochenen großen Feuer, das fünf Häuser einäscherte, waren die drei Kinder des Besitzers und eine alte Frau in dem Wohnhause allein zurückgeblieben. Plötzlich sprang das verheerende Element auch auf dieses über und im Augenblick stand der Dachstuhl in hellen Flammen. Mit eigener Lebensgefahr rettete der Reisende Busse, der jung verheiratet ist, die drei Kinder. Als diese in Sicherheit waren, lief er nochmals in das brennende Haus und trug auf seinem Rücken die alte Frau heraus. Bei dem letzten Rettungswerk wurde er selbst verwundet. Gleich nachdem er die Frau gerettet hatte, stürzte der Dachstuhl zusammen.

Letzte Nachrichten.

Breslau. Seine Frau erschlagen hat hier Montag der Gelegenheitsarbeiter Krätzig. Er bearbeitete sie so lange mit seinen Fäusten, bis sie ihren Geist aufgab. — Schwere Pilzvergiftung. In Dlugolenka (Kreis Krotoschin) ist die Familie des Tagelöhners Kitner nach dem Genuß von giftigen Pilzen erkrankt. Von der aus acht Personen bestehenden Familie sind bereits fünf Personen gestorben; die übrigen befinden sich in Lebensgefahr. — Trauriges Geschick. In Nicolai in Schlesien wurden zwei junge Bergleute durch einen Blitzstrahl getötet, von denen der eine gestern seine Hochzeit feiern wollte. — Beim Brunnenbohren erstickten in einer Brennerei in Logischen b. Guhrau zwei Brunnenbauer.

Göttingen. Mord. Der Landrat Fehrendsen wurde in dem benachbarten Orte Wollenfelde im Walde von einem Unbekannten ermordet und beraubt.

Erfurt Typhus. Im benachbarten Hersleben sind bis jetzt 120 Typhusfälle vorgekommen. 5 Proz. der Bevölkerung des Ortes sind erkrankt. Die öffentliche Wasserleitung wurde von der Behörde geschlossen. Der Bau einer neuen wird beschleunigt.

Frankfurt a. M. Beim Baden ertrunken. Nach einer Bootsfahrt auf dem Main nahmen Sonnabend abend drei Ruderer einer Rudergesellschaft ein Bad, wobei einer der Ruderer, der des Schwimmens unkundig war, von einem Kollegen auf den Rücken genommen und geschleppt wurde. An einer tiefen Stelle sanken beide unter. In der Verzweiflung suchten sie sich an ihren dritten Kameraden festzuklammern und richteten ihn furchtbar zu. Dieser konnte sich aber retten, während die beiden anderen ertranken.

Straßburg i. E. Unvorsichtiges Umgehen mit Feuerwaffen hat über zwei Familien unsägliches Leid gebracht. In Ursprung bei Reichenweiler saß die Familie Rustenhofer beim Frühstück, als der 17jährige Sohn Eugen ein Gewehr lud. Die Waffe entlud sich. Die Schrotladung drang der Mutter in den Hals. Die Frau war sofort tot. Ein Bruder erhielt schwere Verletzungen am Arme. — In Gunzweiler hantierte der neunjährige Sohn des Wirtes Altenburger mit einem Revolver, der losging und den dreißigjährigen Onkel des Knaben tötete.

Stockholm. Auf eine Unterseemine gestoßen. Wie „Stockholms Tidningen“ meldet, stieß am Sonnabend vormittag während der Uebung einer Minenkompagnie auf der Reede Sandhamn in der Nähe von Helsingfors ein Boot auf eine Unterseemine. Das Boot wurde zertrümmert, sieben Personen wurden getötet, acht mehr oder weniger schwer verletzt.

Das Arbeitersekretariat
(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7½ Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Sozialdemokratischer Verein.

Da ein Bote ausscheidet, soll ein neuer Bote gewählt werden. Mitglieder, die hierauf reflektieren, werden aufgefordert, spätestens bis Freitag den 4. August, abends 8 Uhr, ihr Gesuch schriftlich, unter Angabe ihrer Mitgliedsbuchnummer und Adresse, beim Vorsitzenden P. Pape, Töpferweg 65, (Lüb. Gen.-Bäckerei) abzugeben. Später abgegebene Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Der Vorstand.

Die Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter (E H Nr. 24) gedenkt, laut Generalversammlungsbeschluß vom 31. 7 d. Js, **einen ständigen Boten anzustellen.** Die Mitglieder, die gewillt sind, diesen Posten zu übernehmen, müssen spätestens bis Sonnabend den 26 August d. Js. ihr Gesuch schriftlich im Bureau, Johannisstraße 46, abgeben Daselbst wird mündliche Auskunft über die Anstellungsverhältnisse gegeben.

Der Ausschuß und Vorstand.

NB. Diejenigen Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse „Fidelitas“, die demnächst zu der Krankenkasse gewerblicher Arbeiter übertreten, können sich zu dem Botenposten ebenfalls melden.

Die Obigen.

Ein Arbeiter
welcher bereits beim Dachdecker beschäftigt gewesen
Westhoffstraße 43

Zu verkaufen wegen Erbschaftsregulierung **ein kleines Haus mit Garten vor dem Burgtor.** Näheres Friedenstraße 10.

Zu verkaufen **ein sehr guterh. Anzug** und **ein helles Kleid** Schmiedestraße 29.

Verloren am Montag ein rotes Taschenbuch mit 10 Tombolalosen vom Fabrikarbeiterverband. Bitte gegen Belohnung abzugeben im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52.

Fordert Petroleum nur von den Wagen der Firma F. Weber.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.
Gegründet 1894.
Monats - Versammlung
am Donnerstag den 3. August
präzise abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen alle Mitglieder erscheinen.
Der Vorstand.

Die Schänkwirtschaft Untertrave 102
von der Ww. Moldenhauer käuflich erworben, habe ich heute übernommen.
Allen bisherigen treuen Besuchern der Wirtschaft, sowie meinen Bekannten und Freunden empfehle ich mich bestens.
Hochachtend
Lübeck, den 1. August 1905.
F. Geerds.

Krummesser Kümmel.
Die Preise sind von heute ab ermäßigt auf:

	1/1 To.	1/2 To.	Anker
Doppelkümmel	Mk. 70.—	Mk. 35.—	Mk. 23.50
Einfacher Kümmel	Mk. 64.—	Mk. 32.—	Mk. 21.50

Lübeck, den 2 August 1905.
H. M. Haack, Mühlenstraße 37. Fernsprecher 62.

Am Donnerstag erscheint die vom Gewerkschafts-Kartell herausgegebene
Fest-Zeitung
zum Gewerkschaftsfest
mit farbigem Titelbild und reichhaltigem Inhalt.
Preis pro Exemplar 10 Pfg. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co.
Das Fest-Komitee.

Beim Kaiserl. Patentamt eingetr
Triumph-Methode
Ges. geschützt.
Schutzmarke Nr. 71460.
Lehr-Atelier für wissenschaftl. prakt. Zuschneidekunst der neuen leicht faßlichen, gesetzl geschützten Triumphmethode v M Neugebauer Dresden. Ausbildung unter Garantie. Schnitt u. Sitz unübertroff.
Erna Widow allein. Vertreter.
f Lübeck u Umgeg., Gr. Petersgr. 8 Prosp. grat

Hausfrauen
prüfet und fordert Seife von den Petroleumwagen der Firma **F. Weber.**

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb.“

Billig! Billig!
Ia. Bickbeeren
Pfd. 20 Pfg.
in kleinen Körben
Pfd. nur **18** Pfg.
so lange der Vorrat reicht.
Karl Voss.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Georg Behnck
— Sarg-Magazin —
Leichenwäsche.
Warendorpstr. 4.

Achtung!
ZIGARREN aller Arten.
Stück 5 Pfennig aufzuwarten,
Billig, pikant und fein
Bei **Plessmann, Hüxstr. 45,** allein.

Matador	100 Stück 4 50,	Stück 5 Pfg.
Precioso	„ „ „	„ „
Olivia	„ „ „	„ „
Planzer Imp Unf.	„ „ „	„ „
Felix Brasil	„ „ „	„ „
Jmo	„ „ „	„ „

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.
General-Versammlung
am Donnerstag den 3. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Abrechnung vom Sommerfest
3. Lehrplan für das Winterhalbjahr.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Achtung!
Zimmerer
Die Mitgliederversammlung am Donnerstag den 3. August fällt aus.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 4. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
Der Vorstand.

Stadt-Halle.
Donnerstag: Abonnements-Vorstell. 71.
Benefiz Grete Liebreich.
Der Walzerkönig.
Opereettenposse in 4 Akten.
Anfang 7½ Uhr Von 7 Uhr: Konzert.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigs.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 179 — Donnerstag, den 3. August 1905. — 12. Jahrgang.

Vorgänge und Vorstellungen.

Der Kampf in der sächsisch thüringischen Textilindustrie ist in aller Schärfe entbrannt. Die streikenden Färbereiarbeiter in Glauchau lehnten den ihnen vorgeschlagenen Mindestlohn von 14 Mk. wöchentlich mit 478 gegen 4 Stimmen ab und die Meeraner Färbereiarbeiter beschlossen mit 420 gegen 9 Stimmen, den Streik fortzusetzen. Die Streikenden kamen zur Ablehnung der angebotenen Vergleichsvorschläge, weil ein höherer Tarif seitens der Vereinigung der Garnfärbereien und Appreturen genehmigt worden ist. Die abgelehnten Zugeständnisse würden im Höchstfall eine Lohnerhöhung um 60 Pfg. pro Woche bedeuten. Daß die Streikenden mit einem solchen winzigen Erfolg nicht zufrieden waren, ist erklärlich. Sobald das ablehnende Votum der Arbeiter bekannt wurde, erfolgte die Bekanntmachung der Unternehmer, daß am Montag sämtliche Färbereiarbeiter ausgesperrt und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Webereien am nächsten Freitag gekündigt werden sollen. Welche Gründe haben die Färbereibesitzer zu ihrem unerhörten Vorgehen? Die von den Arbeitern gestellten Forderungen sind nur das, was ihnen früher versprochen, bis jetzt aber vorenthalten wurde. Jetzt, da darauf gedrungen wird, diese minimalen Forderungen endlich zu bewilligen, droht das Unternehmertum mit dem schärfsten Mittel, der Aussperrung. Lieber wollen die Herren eine Industrie kaput gehen lassen, als daß sie berechtigte Forderungen der Arbeiter bewilligen. — Die neuesten Meldungen besagen: In Glauchau, Reichenbach, Mylau, Gera, Greiz und Weida ist gestern die Aussperrung von über 11 000 Färbereiarbeitern erfolgt. Die Haltung der Ausgesperrten ist ruhig.

Zum Kampf im Baugewerbe in Rheinland-Westfalen. Der Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschloß, bis zum 1. April 1906 Lohnerhöhungen nicht zu bewilligen.

Aus Bochum wird gemeldet: In dem Gewerkschaftshause des alten Bergarbeiterverbandes tagte Sonntag nachmittag die Versammlung der Berggewerbegerichtsbeisitzer des gesamten Oberbergamtsbezirkes Dortmund. Die Versammlung beschloß, an den Bergbaulichen Verein und das Oberbergamt eine Arbeitsordnung für alle Gruben des Oberbergamtsbezirkes Dortmund zu senden. Diese Arbeitsordnung fordert achtstündige Schichtdauer, Festsetzung eines Durchschnittslohnes, Ausbau des Arbeiterausschußwesens und Wahl eines Wagenkontrolleurs. Ferner wurde beschlossen, die Minister zu ersuchen, die Zahl der Berggewerbegerichtsbesitzer von zwei auf vier zu erhöhen und das Berggewerbegericht schon jetzt in Funktion treten zu lassen, wenn irgend eine Streitseite es als Einigungsamt anruft. Bisher war dieser Anruf vonseiten beider Parteien erforderlich. Die Versammlung erwartet besonders die Erfüllung dieser letzten Forderung, wenn es das Ministerium in der Streikbewegung mit den Bergarbeitern ehrlich gemeint habe.

Weil er mit einem Arbeitswilligen nicht singen wollte, so berichtet man unterm 28. Juli aus Halle, wurde der Arber Hermann Saupe aus Baursdorf bei Schkeuditz vom Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Arbeiter Butzkuß war bei der Firma Schäfer, wo gestreikt wurde, in Arbeit getreten. Saupe, der mit Butzkuß in einem Gesangverein war, verlangte mit mehreren Mitgliedern, daß Butzkuß ausgeschlossen werden solle und rief eines Abends, als Butzkuß dennoch wieder zur Singstunde kam, „Pfui!“ Das Schkeuditzer Schöffengericht sagte, dies Tun Saupes zeuge von „niedriger Gesinnung“ und das Hallesche Landgericht bestätigte das merkwürdige Gefängnisurteil, obwohl Saupe bisher unbestraft ist. — Der Arbeiter Wilhelm Zöllner von Schkeuditz hatte gelegentlich desselben Streiks dem Arbeitswilligen Dulke die wahrlich nicht ernst zu nehmenden Worte zugerufen: „Du Streikbrecher, ich fresse Dich mit allen Kaldaunen.“ Diese Aeußerung brachte dem Manne in Schkeuditz wegen Beleidigung nicht weniger als — drei Monate Gefängnis ein. Dies war den Hallschen Richtern denn doch etwas zu bunt und sie ermäßigten die Strafe auf sechs Wochen Gefängnis.

Der Tag der Hausagrarier. Unverschämteste Interessenpolitik! Das war wieder Siegel und Zeichen, unter dem auf dem 27. deutschen Hausbesitzertag in München Beratungen gepflogen wurden. Das haben die Hausagrarier von den Notleidenden gelernt: Das Maul ist zum Schreien da. Es ist ein Wunder, daß alle Hauspaschas heil und gesund aus München zurückgekommen sind — sie steckten bis zum Platzen voll von Wünschen, Forderungen, Ansprüchen, Vorschlägen zur Hebung der notleidenden Hausbesitzern. Von ihnen kann man ohne Uebertreibung sagen: Und alle Scham war zu den Hunden entflohen. Der Gipfel der Schamlosigkeit wurde jedenfalls erreicht, als ein Baumeister Töpper die „übertriebenen Forderungen für die Hygiene“ beklagte. Das erreicht ungefähr das, was sich der sattsam bekannte „Führer“ des Chors der Hauspaschas leistete, als er die segensreichen Wirkungen der Benutzung des gemeinsamen Klosetts für eine möglichst große Anzahl von Mieterparteien in gar rührenden Tönen pries. Herr Hartwig wollte dadurch den Beweis erbringen, wie er selbst in kleinen „Notwendigkeiten“ die Fürsorge für „ethische Wirkungen“ in den Vordergrund stellt. Darum auch das Hosianna Rufen „seiner“ Mieter, wenn Herr Hartwig naht, er, das Heil und die Hoffnung, der geistige Oberhäuptling der Hausbesitzer. Und er hat würdige Gefolgschaft. Zum Teufel mit der „Hygiene“ in den Mietskasernen! Man kommt sonst nicht auf seine Kosten. Mieter sind dazu da, daß sie Miete bezahlen. Soviel wie möglich. Das ist ihre einzige Bestimmung. Dazu sind sie auf die Welt gekommen. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Mieter Ansprüche zu stellen wagen. Und gar noch „hygienische“. Eine Kulturtat hat sich der Hausbesitzertag auch durch eine Resolution geleistet, in der die Errichtung von — Bordellen gefordert wird. „Im Interesse der Kultur, des Christentums, der Schule, der Kirche, der Familie.“ So ungefähr wörtlich. Es ist geradezu ekelhaft. Man bekommt schmutzige Finger, wenn man auf solche „Kulturtaten“ stößt. Aber, wie gesagt, Scham ist ihnen ein unbekanntes Ding, wenn es den „Interessen“ der Hausbesitzer gilt. Dann geniert man sich auch vor den widerwärtigsten Phrasen nicht. Man watet drin herum bis an die Knie. Von sonstigen Heldentaten ist noch zu melden, daß man den festeren Anschluß an die Mittelstandsvereinigung dringend empfahl. Sie kommen so in gute Gesellschaft, die notleidenden Hauspaschas. Und endlich noch folgende Resolution zur Frage der Warenhäuser: „1. Durch die in den letzten Jahren entstandenen großkapitalistischen Warenhäuser, Großbasare, Großfilialunternehmungen, Konsumvereine und dergleichen Unternehmungen, welche den Kleinhandel betreiben, sind die Mieten für Läden und Geschäftsräume im Rückgang begriffen und droht dadurch den Grundstücken mit Läden eine erhebliche Entwertung. — 2. Eine Einschränkung dieser großkapitalistischen Unternehmungen ist nicht nur im Interesse des mittleren und kleineren Gewerbestandes, sondern auch in dem der städtischen Hausbesitzer dringend geboten. — 3. Es ist deshalb die Einführung einer wirksamen Branchensteuer in Verbindung mit einer progressiven Umsatzsteuer für oben angeführte Großbetriebe in den Einzelstaaten notwendig, welche mit einem je nach der Einwohnerzahl der Städte festzusetzenden Minimalumsatz beginnt und sich mit der Zahl der Branchen und der erzielten Umsätze steigert. Da sich die bisherige Höhe der Umsatzsteuer für Warenhäuser und dergleichen Unternehmungen in den einzelnen Bundesstaaten als vollkommen ungenügend herausgestellt hat, um das weitere Anwachsen derselben zu verhindern, so ist als erforderliche Mindesthöhe der Besteuerung der Satz von fünf vom Hundert des Umsatzes — wie solcher vom preußischen Abgeordnetenhause angenommen worden ist — zu fordern. — 4. Die Verkaufsräume der Warenhäuser und Großbasare dürfen sich aus Feuergefahrs und Billigkeitsgründen nur auf Erdgeschoß und erstes Stockwerk erstrecken — 5. Die Steuer ist den Kommunen zu überweisen.“ — Sie sind doch sehr bescheiden. Sehr bescheiden . . . Summa Summarum: Der Münchener Tag der deutschen Hausbesitzer schließt sich seinen Vorgängern durchaus würdig an. Als Belohnung für seine „aufreibende Tätigkeit“ im Dienste der Hausagrarier wurde Herr Hartwig wieder zum Verbandsleiter bestellt. Sie können stolz aufeinander sein, der Verband und sein Oberhäuptling.

Aus Nah und Fern.

Militaria. Der neue Kommandeur der 27. (württembergischen) Division, v. Linsingen, hat eine Verfügung erlassen, die ein neues Licht auf die Anschauung wirft, die in Offizierskreisen über das Wesen militärischer Disziplin und die Behandlung der anvertrauten Soldaten vielfach herrscht. Er untersagt dabei den Kompagnie-, Eskadrons- und Batterie-Chefs die Erteilung eines längeren Urlaubs und gibt für die Urlaubserteilung im allgemeinen folgende Richtschnur: „Die Dienstzeit ist so knapp bemessen, daß wir mit jedem Tage, an welchem der Mann keinen Dienst tut und nicht unter der Aufsicht seiner Behörden steht, geizen müssen. Ich ersuche daher, eine ganz wesentliche Beschränkung der Urlaubstage eintreten zu lassen. Beurlaubungen von Unteroffizieren und Mannschaften, welche zu Uebungen eingezogen sind, selbst für die kürzeste Zeit, liegen nicht in dienstlichem Interesse. Zur Festigung in der militärischen Unterordnung ist das Leben in der Kaserne, die stete Beaufsichtigung durch Vorgesetzte und selbst jedes Antreten auch an Sonntagen auszunutzen.“ Eine Urlaubsbeschränkung für Offiziere und Unteroffiziere hält der Kommandeur aber nicht für notwendig. Der Erlaß ist geheim ergangen, der „Ulmer Zeitung“ ist aber ein Exemplar desselben auf den Tisch geweht. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Kriegsminister, wenn das Verbot der Beurlaubungen im Landtag zur Sprache gebracht werden wird, mitteilen kann, daß die Verfügung bereits aufgehoben ist.

Ehen werden bekanntlich im Himmel geschlossen; sie sind deshalb nach Meinung gläubiger Leute „heilig“. Wie es aber mit dieser „Heiligkeit“ bestellt ist, zeigt folgendes, des „Saale Zeitung“ in Halle entnommenes Inserat:

„Welche vermögende Dame würde einem Kaufmann, Anfang 40er, in vorz., selbst. Stellung, die Mittel zum endgültigen Abschluß der Ehescheidung gewähren? Erfolg sicher, da Ehehälfte in Scheidung gewilligt. Suchender ist soliden und verträglichen Charakters und beabsichtigt nach erf. Scheidung mit betr. Dame neue Ehe einzugehen. Geehrte vorurteilsfreie Damen belieben Offerten unter (folgt Chiffre) an die Expedition ds. Bl. zu senden.“

Ob der Lump, der das vorstehende Inserat verfaßt hat, wohl auch zur Sozialdemokratie — die doch bekanntlich nach Meinung ihrer Gegner die Heiligkeit der Ehe zerstören will — gehört?

Einige neue Reiser flocht die Hallesche Polizei vor einer der letzten Schöffengerichtssitzungen in ihren Ruhmeskranz ein. Eines Tages im Monat Juni unternimmt ein gemütlicher Sachse, Namens Menzel aus Leipzig, eine neue Spritztour nach Halle, um sich das schöne Saaletal anzusehen. Es besteht hier noch das unbequeme Verkehrshindernis, daß man Brückengeld bezahlen muß, wenn man von dem Stadtteil Giebichenstein nach dem Stadtteil Kröllwitz über die Saalebrücke gehen oder fahren will. Herr Menzel fuhr in der elektrischen Bahn über die Brücke

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dr. Hohl zögerte. Seine Stirn zog sich in Falten, und die Bewegung seiner Gesichtsmuskeln verkündete einen inneren Kampf. Endlich sagte er: „Es wäre töricht, wenn ich in einer Lage wie der meinigen die Wahrheit zu verhehlen suchte, Herr Staatsanwalt. Ja, ich war dort und irrte geraume Zeit um das Haus herum. Ich hoffte, es werde mir gelingen, Fräulein Sekal zu sehen und einige Worte mit ihr zu sprechen.“

„Fräulein Sekal? Was für Beziehungen haben Sie zu ihr?“

Ein schwaches Rot überflog das Antlitz des jungen Mannes.

„Wir stehen einander seit Jahren nahe,“ antwortete er mit verhaltener Stimme. „Die jüngsten Ereignisse traten trennend zwischen uns. Was ich ihr zu sagen hatte, erlauben Sie mir zu verschweigen. Es steht in keiner Verbindung mit der Anklage.“

„So sind Sie es in der Tat gewesen, der zum Fenster des im Parterre belegenen Salons hineingeschaut und Fräulein Sekal so erschreckt hat?“ fragte Gründler.

Ueberrascht blickte Reinhart auf.

„Ich habe nicht zum Fenster hineingeschaut. So nahe wagte ich mich gar nicht. Ich hätte ja zu diesem Zwecke in den Garten eindringen müssen.“

„Allerdings, und man könnte wohl annehmen, Sie hätten es getan, um sich der Anwesenheit Ihres Feindes zu vergewissern.“

„Aber ich war es nicht, Herr Staatsanwalt — auf meine Ehre nicht!“

Der Staatsanwalt zuckte die Achseln.

„Es ist ein Indiz, gleich den übrigen! einzeln ohne Wert, aber in der Gesamtheit von Belang. Jedenfalls befanden Sie sich — und das ist die Hauptsache — zu der in Frage kommenden Zeit am Schauplatz der Tat. Wenn das ein Zufall ist, so ist es ein recht unglücklicher, und Sie können bei der vorhandenen Lage der Dinge uns nicht ohne weiteres zumuten, Ihre Aussagen für wahr zu halten. Sie sind schwer belastet, Herr Doktor, und Ihre Lage ist — ich will es Ihnen nicht verhehlen, — eine ernste. Ich selbst zweifle nicht an Ihrer Schuld, und würde Ihnen raten, dieselbe nicht durch hartnäckiges Leugnen zu vergrößern. Vielleicht sind Sie,“ — ergänzte er mit einer gewissen Lauersamkeit in der Miene — „nicht ganz Herr Ihres Willens gewesen und deshalb für Ihre Handlungsweise gesetzlich nicht haftbar zu machen?“

Unwillig fuhr Reinhart empor.

„Ich nehme für mich dieselbe geistige Urteilsfähigkeit in Anspruch wie andere normale Menschen,“ entgegnete er. „Herr Staatsanwalt, mein Inneres bäumt sich auf, wenn ich diese Redensart vernehme, durch die ich ruiniert worden bin. Ich kenne mich und stehe ein für alles, was ich tue. Hätte ich mich vergessen, so würde ich die Wahrheit sagen — es muß weit mit mir gekommen sein, daß man mich für einen Mörder halten kann!“

Und in unsäglicher Bitterkeit preßte er die rechte Hand auf seine Stirn.

Unschlüssig, was er von dem Manne halten sollte, wollte der Staatsanwalt ihn vorläufig in seine Zelle zurückführen lassen, als ein Gerichtsdiener mit einer Meldung erschien. Beide, der Vorgesetzte und Untergebene, sprachen in halblautem Tone miteinander, ein eigentümliches Zucken ging dabei über des Staatsanwalts Züge, und laut gab er nach einer Weile dem Diener Auftrag, den Zeugen hereinzuführen.

Dieser, ein Schutzmann, trug einen in Papier gewickelten Gegenstand.

„Wann und wo haben Sie ihn gefunden?“ erkundigte sich der Staatsanwalt voll Eifer.

„Heute morgen beim ersten Rundgange durch mein Revier, dicht am Pleißenwehr.“

„Also in der Richtung von Schleußig nach Connewitz?“

„Ja.“

„Sie wohnen in Connewitz?“ wandte sich der Anwalt an den Beschuldigten.

„Nicht eigentlich — unsere Straße gehört noch zur Stadt.“

„Na, ja, das ist ziemlich dasselbe. Der Beamte trat, dem Gefangenen den Rücken zukehrend, an das Fenster und öffnete hastig das Paket. Nachdem er den Inhalt eine Weile aufmerksam betrachtet, wandte er sich plötzlich gegen Reinhart um, ihm einen ganz durchnäßten und beschmutzten Hut vor die Augen haltend.

„Kennen Sie diesen Hut, Herr Doktor?“

Bestürzt betrachtete Hohl den ihm vorgezeigten Gegenstand.

„Das ist der meinige“, bemerkte er nach kurzem Zögern kleinlaut.

„Jawohl, und Sie tun deshalb gut, es nicht zu leugnen, weil der Name darin steht. Bei welcher Gelegenheit haben Sie ihn verloren?“

„Ich weiß nicht mehr — ich war so aufgeregt —“

„Allerdings müssen Sie in einer merkwürdigen Aufregung und Eile gewesen sein, wenn Sie unterwegs Ihren Hut vom Kopfe verloren und sich nicht einmal die Mühe nahmen, ihn wieder aufzuheben.“

„Ich habe ihn gesucht, aber nicht wieder gefunden; es war zu dunkel.“

„Wie kam der Hut überhaupt von ihrem Kopfe. Es regnete doch stark, da hält man den Hut fest.“

„Der Sturm entriß mir ihn, und in der Finsternis“ —

und glaubte durch Zahlung des Fahrgeldes vom Brückengeld entbunden zu sein. Als die Kassiererin in dem Bahnwagen an ihn herantrat, glaubte der Sachse, man wolle ihn „veralbern“. Er wurde ärgerlich und zahlte die geforderten drei Pfennig Brückengeld nicht. Es wurde die Polizei zu Hilfe gerufen, die Kassiererin bestieg einen anderen Wagen, und der gute Mann, der es inzwischen mit der Angst bekommen, wollte seinen Dreier nunmehr gern dem Beamten geben. Letzterer entgegnete aber stolz: „Ich tue nur, was meines Amtes ist“ und notierte Menzels Namen. Zur Schöffengerichtssitzung war nun der Angeklagte von Leipzig nach Halle gekommen, und man vernahm die erbaulichen Anklageworte, daß Herr Menzel „dringend verdächtig“ erscheine, zu Halle a. S. drei Pfennig Brückengeld hinterzogen zu haben. Das Gericht mußte nach Prüfung des „schwierigen Falles“ Menzel im Namen des Königs zur Zahlung von drei Pfennig Brückengeld verurteilen. Außerdem muß er noch zwei Mark Geldstrafe wegen Versündigung gegen das Verkehrsabgabengesetz zahlen. — In einem Prozeß gegen den Kaufmann Böker, den die Polizei ebenfalls mit „großer Findigkeit“ eingeführt hatte, wurde der leitende Amtsrichter schließlich ärgerlich. Herr Böker sollte an seinem Hause ohne Erlaubnis der Polizei ein kleines Reklameschild angebracht haben und deshalb Strafe zahlen. Der Herr Amtsrichter redete den mit einer sträflichen Amtsmiene dreinschauenden Amtsanwalt mit den Worten an: „Glauben Sie denn, daß die Rechtsanwälte die Polizei fragen, wenn sie ein Reklameschild anbringen wollen? Wie kommt denn solche Bagatelle zur Anzeige und wer hat sich dabei wieder ein Bein ausgerissen? Mein Gott, gibt es denn in Halle so wenig für die Polizei zu tun? Es ist ja gar nicht abzusehen, wohin ein solcher Zustand noch führen soll. Die Anzeige scheint wohl mehr darauf zurückzuführen sein, daß wir in der Saurengurkenzeit leben.“ Selbstverständlich wurde Herr Böker freigesprochen. Die Gurkenzeit ist aber für die Polizei permanent vorhanden.

Schweinepriester. Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der Dekan Mündel in Kandern (Baden) verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zu Lörrach zugeführt. Er wird beschuldigt, sich an einer ihm anvertrauten Konfirmandin schwer vergangen zu haben. Dieser Tage weilte der großherzogliche Untersuchungsrichter in Kandern, um an Ort und Stelle Erhebungen in der Angelegenheit vorzunehmen. — Von der Innsbrucker Strafkammer wurde der römisch-katholische Geistliche Johann Hartmann aus Zell oder Ziller wegen Schändung und Verführung zur Unzucht sowie wegen Uebertretung der öffentlichen Sittlichkeit zu einer Kerkerstrafe von sieben Monaten verurteilt. Zur Verübung der Verbrechen, deren Opfer neun- bis zehnjährige Mädchen waren, hatte der Priester Gelegenheit, da er als Religionslehrer an der Volksschule beschäftigt war. Er ließ Kinder nachbleiben und lockte die Mädchen zur Erteilung von Singstunden und zur Weihung von Kommunionbildern auf sein Zimmer, um ungestört seine verbrecherischen Handlungen ausüben zu können. Wie gut es ihm gelungen ist, das sittliche Gefühl der Mädchen abzutöten, dafür bietet die Tatsache ein Beweis, daß eins der Kinder den Pfarrer ihren „Alten“ nannte. Unbegreiflich ist das Verhalten des Vorgesetzten des Priesters, des dortigen Dechanten. Diesem war vorher Anzeige von dem Verbrechen mit der Bitte erstattet worden, den Geistlichen von seinem Posten als Religionslehrer zu entfernen. Das lehnte der Dechant aber ab mit Rücksicht auf das Aergernis, das daraus entstehen würde. Es ist also nach seiner Meinung besser und das kleinere Uebel, Untaten ruhig geschehen zu lassen, als durch Hinderung der Untaten ein Aergernis zu geben.

Die Leidensgeschichte eines Dienstmädchens. In einem blutempörenden Prozeß hielt dieser Tage der Budapester Strafgerichtshof die Schlußverhandlung ab. Auf der Angeklagtenbank saß ein Dienstmädchen, welches den geilen Gelüsten des Sohnes ihres Dienstgebers zum Opfer fiel und durch diesen in tiefes Unglück gestoßen wurde. Der Bankbeamte B. Kende (vorm. Kohn) verführte vor 10 Jahren das bei seinen Eltern bedienstete hübsche Mädchen K. Nagy, welche dann einen kräftigen, auch heute noch lebenden Buben zur Welt brachte; der besorgte Vater beeilte sich damals, das Kind in die Provinz in Kost zu geben. Das Mädchen war dann noch weitere neun Jahre im Dienste des Hauses, während welcher Zeit sich das Mädchen — laut ihrer Angabe — wieder einmal Mutter fühlte; damals aber habe ihr der „junge Herr“ und zwei ihm befreundete Aerzte über dieses Uebel „hinweggeholfen.“ Jedoch nicht ohne alle Folgen. Das Mädchen wurde infolge der „verbotenen Manipulation“ krank, so daß sie im Jahre 1903 im Rochusspital operiert werden mußte. Von da ab war das Schicksal des Mädchens entschieden. Infolge der langen Krankheit war sie nicht mehr das, was sie gewesen: sie wurde ganz einfach vom Dienstplatze entlassen. Echte Bourgeoisie-Art: So lange das Mädchen arbeiten konnte, war sie auch als Geliebte gut; krank und abgeschwächt, braucht man sie nicht einmal mehr als Dienstboten. Das Mädchen, der Not vollkommen ausgesetzt, wendete sich nun an das Gericht, welches ihr einen lächerlichen Betrag als Erhaltungsbeitrag für das Kind zuerteilte, wodurch an der mißlichen Lage des kranken, arbeitsunfähigen Mädchens nicht das allergeringste geändert wurde. Sie stand ratlos da. Sie versuchte es durch Flehen und Bitten, aber vergebens; der „junge Herr“ gab keinen Kreuzer mehr, als den zugeurteilten geringen Betrag. Ein Jahr lang ertrug sie die Not und Entbehrung, und dann entschloß sie sich, in einem letzten Brief dem Vater ihres Kindes und ihrem Verderber mitzuteilen, daß sie sich — wenn er sie nicht unterstützen will — das Leben nehmen muß; sie wird aber auch dafür sorgen, daß die Welt erfahren soll, daß Kende und seine zwei Doktor Freunde ihr die Frucht abgetrieben haben und sie dadurch zum Krüppel geworden ist. Die Antwort blieb dieselbe, wie Jahre hindurch: Kein Erbarmen. Die unglückliche Mutter entschloß sich hierauf zu einer Verzweiflungstat. Für ihr letztes Geld kaufte sie einen Revolver, und am 13. April dieses Jahres versteckte sie sich im Hause Andrassy ut 42, um dort in die Luft zu schießen, wenn der „junge Herr“ aus dem Bureau nach Hause kommt, damit dieser erschrecke. Die unglückliche, gemarterte Mutter war damals schon so außer Bewußtsein, daß sie — wie der „junge Herr“ bei der Verhandlung selbst angab — gar nicht zielte und überhaupt nicht wußte, was sie tat. Hierauf wurde sie natürlich verhaftet und zur Staatsanwaltschaft überführt. Und nun stand sie vor den Richtern. Der Rechtsanwalt des Klägers Kende forderte, daß diese „heikle Angelegenheit“ in geheimer Sitzung verhandelt werde, womit er offenbar bezwecken wollte, daß mit Rücksicht auf Herrn Kende diese schmutzige Sache durch die Blätter nicht in die Oeffentlichkeit kommen sollte. Der Gerichtshof wies aber dieses Verlangen ab, und so wurde der Prozeß in öffentlicher Sitzung verhandelt. Besonders ergreifend war jener Teil der Aussagen der Angeklagten, in welchem von ihrem Verderber Kende die Rede war: „Hochlöblicher Gerichtshof — sagte die Angeklagte mit schluchzender Stimme — ich kann auch jetzt nur das sagen, was ich schon beim ersten Verhör gesagt habe: ich liebte Kende mit aufrichtigem Herzen, und es war wirklich nicht schön von ihm, daß er mich so weit kommen ließ.“ (Bewegung im Publikum.) Die Angeklagte bricht in heftiges Schluchzen aus. Präsident Szepessy: Beruhigen Sie sich, mein Kind, und sagen Sie nur alles.“ Das Mädchen erzählte nun ihre ganze Leidensgeschichte. Aus den Aussagen des Herrn Kende ist hervorzuheben, daß er selbst eingestanden hat, daß er der unglücklichen Mutter nicht einmal einen Kreuzer an Unterstützung zukommen ließ. Zur Charakteristik sei noch bemerkt, daß der Verteidiger der Angeklagten zur Verhandlung gar nicht erschienen ist und der Advokat Dr. Heinrich Herzog in der Eile die Verteidigung der Unglücklichen übernehmen mußte, der in seiner Verteidigung hervorhob, daß, solange das bürgerliche Gesetzbuch das Verhältnis zwischen Mutter und Verführer nicht regelt sondern nur lächerliche Beträge zur Erhaltung des Kindes zuurteilt, von denen man bekanntlich nicht einmal einen Hund anständig erhalten kann — so lange, sagt Redner — werden wir auch solche unglücklichen Geschöpfe hier finden, deren Platz keinesfalls hier wäre . . . Der Staatsanwalt selbst begehrte für die Angeklagte eine milde Strafe. Der Gerichtshof verurteilte die Nagy wegen „Erpressung“ zu dreimonatiger Gefängnisstrafe, welche mit der viermonatigen Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet wurde. — Der schurkische Verführer aber geht frei aus, so will es die „göttliche Weltordnung“.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. Juli 1905.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

16. Juli. Träger H. F. Dietz. 17. Tischler R. H. A. Röth. Arbeiter J. Mertinat. 19. Malergehülfe H. H. W. Norin. 20. Arbeiter H. H. J. Henck. Ingenieur M. C. G. Fuhrmann. 21. Handlungsgehülfe J. L. F. Willbrandt. 22. Maurer E. K. Melcher. 23. Arbeiter C. J. F. Wulff. Arbeiter J. H. A. Lindenberg. Gastwirt J. A. E. Spindler. Bierfahrer W. C. G. Kluth. Arbeiter F. A. Höppner. 24. Tischler G. F. Wiese. Arbeiter J. H. Steffen. 25. Bäcker G. C. F. Benthien. Maschinenbauer G. A. Schildsat. 26. Arbeiter H. W. Fick (Kremperlsdorf).

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

16. Juli. Arbeiter C. E. F. Giesenberg (Strecknitz). 18. Schiffer P. A. H. Wunderwaldt. 19. Arbeiter P. Svenson. Maurer W. H. F. Persson. Arbeiter J. H. F. Böttcher. Tischler M. Meinke. Arbeiter J. W. A. Steen. 20. Träger F. H. Schildt. Arbeiter W. L. F. Schwarz. 22. Maschinenbohrer F. N. H. Evers. Schiffsführer M. Eccenincks. 23. Klempnermeister G. H. C. Schubert. Krämer A. H. Kahlcke. 24. Arbeiter J. H. C. Dunker. Lehrer H. C. H. Satow. 26. Bäcker H. E. Buck. Tischler A. W. H. Schwarz. 27. Schmied W. H. Th. Hoppe. Maurer J. H. W. Maack. Schlosser P. F. W. Stache.

Sterbefälle.

22. Juli. A. D. Kirchner, 66 J. W. C. C. geb. Heitmann, Witwe des Handelskammerbeamten J. F. Staemmler, 79 J. J. M. E. geb. Bräutigam gen. Sentz, Witwe des Arbeiters H. D. H. Grimm, 68 J. 23. G. F. H. Duncker, 1 M. 18 T. G. B. J. Willwater, 2 M. A. F. A. Wegener, 8½ M. P. K. A. Gaßmann, 4 M. M. K. E. Aesemann, 4 M. 24. Trödler L. S. Cohn, 68 J. E. J. H. Melchert, 1 J. H. M. M. Brügmann, 11 J. Musketier W. Osmanski, 21 J. 25. A. C. geb. Karstens, Ehefrau des Pastors emer. L. E. Schrader, 84 J. Schiffskapitän a. D. C. C. Hansen, 71 J. 26. H. D. E. Siewert, 4 M. Ein totgeb. Mädchen, V: Expeditions-Assistent H. F. C. Voss. Ein Knabe, 18 T. V.: Kürschnergehülfe E. D. W. Stölting. J. Dreesen, 2 J. 11 M. (Glashütte). 27. M. H. F. Wendt, 22 T. Zimmermeister A. H. Marks, 51 J. Kahnschiffer K. Unger, 60 J. (Rogätz). W. W. H. C. Meier, 2 M. M. F. E. Schümann, 67 J. A. geb. Lauruschkat, Ehefrau des Invaliden W. C. Schoenfeld, 65 J. M. E. L. geb. Elvers, Ehefrau des Bierfahrers J. H. F. Schlichting, 38 J. Haus- und Hypothekenmakler E. C. M. Maack, 70 J. 28. Sägemeister F. A. Olsen, 40 J. Fuhrwerksbesitzer J. H. Wullbrandt, 51 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Kaufmann C. H. C. A. Badendiek. L. W. E. geb. Hamann, Ehefrau des Gutsinspektors G. A. Möller, 54 J. (Wotersen). 29. L. E. B. Meier, 29 T.

Angeordnete Aufgebote.

25. Juli. Arbeiter H. F. Wesche und W. J. A. geschiedene Kähler geb. Wulff. Kaufmann A. E. C. Ihde in Medow und M. W. D. F. Engel in Goldberg i. M. Arbeiter J. H. W. Gühlstorf in Wismar und E. E. D. Klüssendorf in Stofferstorf. 26. Kaufmann F. J. W. Pagels und A. W. H. Lübecke. Kaufmann E. Radloff und M. J. C. Rühl. 27. Redakteur F. G. Wulff und C. C. A. Buch. Arbeiter C. E. Hakansson und E. Kühl, beide in Fackenburg. 28. Kellner J. H. Eggers und W. M. C. D. Gangel, beide in Wandsbeck. Maurer H. H. J. Jürs und A. D. E. Grundmann, beide zu Mölln. Lehrer M. P. Maschke und M. A. M. Derlin in Wulfsdorf. Privatmann J. M. N. Andresen in Flensburg und M. C. E. Sievers. Kaufmann B. G. Pälsson in Malmö und A. M. P. R. Braunschweig. Gastwirt C. A. Wolgast in Zarpen und E. Bülau in Heilshoop. Tischler J. G. Trampenau und M. E. Osterhus in Bremen. 29. Korrespondent R. M. Müller in Hamburg und Ch. C. D. B. H. Drews. Zigarrenmacher E. J. J. Lindemann in Rehna und A. M. E. Lange in Dorf Bülow. Kaufmann H. Viktor in Krupersdorp Transval-Kolonie und Margaretha Jacobsen.

Eheschließungen.

24. Juli. Arbeiter genannt Michael Michlinski und H. Ch. M. Frank. Schuhmacher J. Matis zu Schwartau und E. Plihsis. 25. Kaufmann W. A. H. Nebelsiek und D. M. C. Schwardt. Friseur H. O. Gerwinsky u. A. L. W. Engemann. Seminarlehrer Dr. phil. C. G. Singer zu Stollberg und Ch. W. E. Jürgens. 28. Sattler und Tapezier C. H. Petersen und D. M. F. Rieckmann. 29. Arbeiter J. W. Höft und F. Weibon. Wagenführer L. Grzestak und F. E. M. Levzau. Arbeiter F. J. H. Edler und A. D. F. Möding. Schlosser A. J. Hammermeister und Witwe S. L. A. Kolb geb. Sühl. Zimmermann R. G. L. Strunck und M. C. E. Busch zu Schönberg. Kupferschmied H. A. F. Hübner und J. J. W. Rieck. Zementbaupolierer A. J. A. Henkel und A. M. S. E. von Pflugk. Arbeiter F. J. Th. Kleinfeld und J. M. C. Därkop. Arbeiter P. F. C. Mirow und M. S. C. Bibau zu Vorwerk.

„Bah, das glaubt wer will. Ihre Situation verschlimmert sich, Herr Doktor Hohl. Denken Sie darüber nach — möglicherweise entschließen Sie sich dann doch zu einem aufrichtigen Bekenntnis.“

„Ich habe keins abzulegen“, beharrte Reinhart, aber seine fast gebrochene Stimme verkündete die sich steigernde Angst in ihm. „So peinlich es mir ist, darüber zu reden, so will ich Ihnen auch noch enthüllen, was ich fest und für immer in meinem Herzen verschlossen zu halten gedachte. Wissen Sie, warum ich gestern abend meine Wohnung verließ, frühzeitig und ohne Abendbrot? Verzweifelnd an allem, an meiner Zukunft, meinem Leben, meiner Liebe, beabsichtigte ich meinem elenden Dasein ein Ende zu bereiten. Nur noch einmal, einmal noch wollte ich meine Braut sehen — sehen, vielleicht auch sprechen, um ein Abschiedswort vor ihr zu erhalten. Wohl eine Stunde irrte ich in der Nähe des Hauses umher, aber ich hatte nicht den Mut, hineinzugehen. Nur am Vorgarten schritt ich mehrere Male vorüber, in der Hoffnung, ihr süßes Gesicht am erleuchteten Fenster zu erblicken, ihre Stimme zu hören. Alles umsonst! Die vorgerückte Tageszeit und das Wetter erwiesen sich meiner Absicht als zu feindselig. Zuletzt gab ich es auf, kummervoll rannte ich fort. Mehrere Stunden bin ich wie ein halb Wahnsinniger, nur unvollkommen meiner Sinne mächtig, in den Promenaden der Gegend, im Scheibenholz, in der Nonne, im Ratsholz umhergelaufen. Wo und wie ich meinen Hut einbüßte, weiß ich nicht, möglich, daß der Wind mir ihn herabgerissen, daß ein Zweig mir ihn abgestreift hat.“

„Kamen Sie denn mit den Bäumen, die doch zur Zeit kahl sind, in so nahe Berührung, daß ein Zweig Ihnen die Kopfbedeckung abstreifen konnte?“

„Ja,“ antwortete düster der Gefangene. „Ich schlüpfte zwei- oder dreimal von den Pfaden in das Gehölz hinein, um —“

Er hielt inne und seufzte schmerzlich.

„Ich verstehe. Warum haben Sie es nicht getan?“

„Ich weiß es nicht. Vielleicht fehlte mir der Mut, vielleicht war ich nicht feig genug dazu. Vielleicht war meine Verzweiflung noch nicht groß genug.“

„So haben Sie den Verlust Ihres Hutes gar nicht wahrgenommen? Das klingt unwahrscheinlich.“

„Doch — nur nicht sofort — erst als der Sturm kältend durch mein nasses Haar strich, ward ich mir meiner Blöße bewußt. Da war es zu spät!“

„Wann sind Sie nach Hause gekommen?“

„Ich weiß es nicht. Es muß spät gewesen sein. Ich hatte meinem Schwager das Versprechen gegeben, zu einer bestimmten Stunde zu Hause zu sein, um eines seinen Beruf betreffenden Geschäfts willen — ich dürfte wohl kaum pünktlich zur Stelle gewesen sein — mir war alles gleichgültig, ich habe mich nicht um Zeit und Stunde bekümmert!“

Reinhart schwieg, wortlos und trübselig harrte er der Antwort des öffentlichen Anklägers. Dieser stand längere Zeit gedankenvoll da, dann sprach er:

„Ihre Worte klingen aufrichtig. Sie mögen die Absicht, die Sie vorgeben, gehabt haben. Um so einleuchtender erscheint jedoch das andere. Sie hegten vielleicht den Plan, sowohl Ihren Gegner, als auch sich selbst zu verderben, und fanden, nachdem Sie den Mord vollbracht, zur Selbstopferung nicht mehr den Mut, wie dies oft geschieht. Ist es so?“

„Es ist so, wie ich es dargestellt, Herr Staatsanwalt. Sie glauben mir nicht? Nun denn, dann erbarme sich der Himmel mein; ich bin unschuldig und Gott kann nicht wollen, daß ein Unschuldiger getroffen wird! Meine Unschuld wird und muß an den Tag kommen!“

„Ich hoffe es in Ihrem Interesse,“ versetzte Gründler kalt und ernst. Und Dr. Hohl wurde in seine Zelle zurückgeführt. . . .

Mit fieberhaftem Eifer arbeitete Staatsanwalt und Polizei an der weiteren Aufklärung des aufsehenerregenden Ereignisses. Gründler besuchte den Schauplatz der Tat und begab sich dann zu Leopold, um nochmals seine Aussagen entgegenzunehmen. Der Kranke war äußerst schwach und apathisch, nur mit Mühe brachte der Gerichtsbeamte das Wenige, was er wußte, aus ihm heraus. Emmy, das Hausmädchen, Dr. Fresen, Gertrud, Wera, Baron v. Langen, sein Kutscher und zahlreiche andere Personen wurden vernommen. Dr. Fresen und seine junge Frau sahen sich genötigt, die qualvolle Erregung zu schildern, in welcher sich Reinhart bei seinem Nachhausekommen befand. Beide betonten jedoch nachdrücklich, daß sie niemals an eine Schuld des jungen Mannes glaubten; ihre Sorge sei nur gewesen, daß er gegen sich selbst etwas plane; nie sei er imstande, ein Verbrechen, wie das ihm zur Last gelegte, zu begehen.

Wera mußte nochmals ihr seltsames Erlebnis vom vorigen Abend erzählen; sie gab zu, einen Augenblick in Zweifel gewesen zu sein, ob sie nicht Reinharts Züge in dem Gesicht am Fenster erkennen müsse. Der Gedanke sei ihr aber erst gekommen, als sie vom Mädchen dessen Anwesenheit in der Gegend vernahm; sie sei jetzt überzeugt, er könne es nicht gewesen sein, denn sie würde sein Antlitz unter tausenden herausgefunden haben.

Schon nahte der Abend und Staatsanwalt Gründler schaute noch nicht klarer in der Angelegenheit als am Morgen. Da begehrte ein neuer unerwarteter Zeuge den Staatsanwalt zu sprechen. Es war ein kleiner, gebückt gehender, alter Mann mit lederharter, runzlicher Haut, kleinen blinzelnden Augen, struppigem Haar.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck.